

Wald Wirtschaft 2024/25

DIE WALD EIGENTÜMER AGDW

Editorial Prof. Dr. Andreas W. Bitter 3
Editorial Dr. Irene Seling 4

POLITIK

Vom Ampel-Stop-and-Go bis zum Aufbruch der neuen Koalition 6
50 Jahre Bundeswaldgesetz 8
Studie zur CO_2-Zertifizierung 12
FWZ-Bundeskongress setzte Trends und Themen 13
BLK: Eigentumsrechte wahren, Nutzungsstopps verhindern 14
Zwei Jahre Soziale Selbstverwaltung in der SVLFG 16

EUROPA

EU in der Forstpolitik zwischen Dirigismus und Pragmatismus 20
Zertifizierungen für neue Märkte 23
Interview mit der Europaabgeordneten Christine Schneider 24
Warum Europa die EUDR-Reform braucht 28
EU-Repräsentanz eröffnet 30

FORSTWIRTSCHAFT

Windkraft im Wald: Chancen für Waldeigentümer 18
Bundeswaldinventur 4 und die Folgen 32
Benchmarking: Die Lupe fürs Leistungsprofil 36
Windenergie im Wald und dennoch Waidmannsheil 39
Förster des Jahres: „Gruß nach Haus vom Förster Klaus“ 40
Waldbesitzer des Jahres: Wenn die Tanne zum Brotbaum wird 41
Noch besserer Service für PEFC-zertifizierte Forstbetriebe 42
Pflanzenschutz stärken 45
Waldumbau in der Klimakrise: Eine Wette, die wir gewinnen müssen 46
Bestattungswälder eröffnen Waldbesitzenden neue Möglichkeiten 54

AGDW

Neue Gesichter im Präsidium 48
Niklas Weber Geschäftsführer in Brandenburg 48
Neue Gesichter in der Betriebsleiterkonferenz 49
Empfang der Waldeigentümer auf der Grünen Woche 50
AGDW-Waldsymposium: Wie viel Europa verträgt der Wald? 52
Parlamentarischer Sommerempfang in Berlin-Mitte 56
Von der Pflanzung zur Ernte an einem Tag 57
AGDW-Masterclasses 58
5 Jahre Junge Waldeigentümer 59

KOMMUNIKATION

AGDW in den Medien 05
Kampagne 8: Klima retten geht nicht? Doch, geht! 44
Rot-Eiche ist Baum des Jahres 2025 44
Erfolgreiche Kampagne „Finger weg vom Bundeswaldgesetz“ 45
Kanzlertanne mit Zapfen für Olaf Scholz 58
Interview mit Prof. Daniela Kleinschmit 60
Zu guter Letzt: Der Hirschkäfer 62

Liebe Leserinnen und Leser,



als Friedrich Merz am 16. Januar dieses Jahres beim Waldeigentümerempfang der AGDW das Wort an die mehr als 1.000 Gäste richtete, überbrachte er mitten im Wahlkampf zwei klare forstpolitische Botschaften: Das bestehende Bundeswaldgesetz sei in seiner aktuellen Form zu bewahren, die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) zu überarbeiten. Beide Punkte sind Kernforderungen der AGDW. Diese haben wir, neben weiteren wichtigen Anliegen, gegenüber den demokratischen Parteien in der vergangenen Legislatur immer wieder vorgebracht. Mit Erfolg. Das von der Ampel-Regierung betriebene und schließlich aufgegebene Vorhaben einer Novellierung des Bundeswaldgesetzes ist mit dem Koalitionsvertrag von Union und SPD vom Tisch.

Mit seinen klar formulierten Zielen des Walderhalts und der Förderung der Forstwirtschaft hat sich das Bundeswaldgesetz als wegweisend für die multifunktionale Waldbewirtschaftung erwiesen, die der gesamten Gesellschaft zugutekommt. Es bildet auch die Grundlage für das forstpolitische Zusammenspiel von Bund und Ländern, das sich in Deutschland bewährt hat. Förderpolitisch wurde dieses Verhältnis von Bund und Ländern durch haushaltspolitische Zwänge allerdings im Jahr 2024 einem besonderen Stresstest unterzogen – verbunden mit Härten und Unsicherheiten für Waldbesitzende. Priorität für die neue Bundesregierung muss daher haben, Planungssicherheit für die Waldeigentümer zu gewährleisten. Das gilt zunächst für die Ausstattung gut funktionierender bestehender Programme. Es muss sich künftig auf zu erwartende Maßnahmen des noch vom alten Bundestag verabschiedeten Sondervermögens für den Klimaschutz erstrecken. Dieses sollte für den Wald neue Perspektiven eröffnen, beim Waldumbau bzw. der Förderung von Ökosystemleistungen. Auf dem Erreichten ist aufzubauen, Bewährtes zu bewahren.

Die neue Bundesregierung steht in der Verantwortung, Eigentumsrechte zu achten und Gestaltungsspielräume der Landnutzer zu erhalten. Entsprechendes gilt für Europa. Über den Umweg der Umwelt- und Klimaschutz- sowie der Handelspolitik hat die EU-Regulierung in den vergangenen Jahren immer stärker die Forstwirtschaft in die Zange genommen, obwohl die Forstpolitik nicht vergemeinschaftet ist, also eigentlich nicht Teil der EU-Kompetenzen.

Die EUDR ist augenfälligstes Beispiel dieser Entwicklung. Sie ist die größte, aber bei weitem nicht die einzige Baustelle, die sich für uns forstpolitisch derzeit in Europa auftut. Mit den Plänen für ein EU-weites Waldmonitoringsystem ebenso wie mit der Richtlinie zur Bodengesundheit sind aktuell Regularien in Arbeit, mit denen Brüssel gleichfalls der Waldbewirtschaftung weitere bürokratische Fesseln anlegen will. Es steht zu befürchten, dass es nicht die letzten sein werden.

Daher wurde zum Jahreswechsel die EU-Repräsentanz deutscher Waldbesitzer bei der EU eingerichtet, mit der AGDW als einem maßgeblichen Akteur. Durch die Arbeit der Repräsentanz wollen wir unseren von besonders vielfältigen Eigentums- und Bestockungsverhältnissen geprägten Waldstrukturen mit im europäischen Vergleich sehr hohen Holzvorräten mehr Gewicht in der politischen Interessenvertretung verleihen. „Wie viel Europa verträgt der Wald?“ lautete vor diesem Hintergrund der Titel unseres Waldsymposiums im Oktober 2024.

Klar ist für uns: An vielen Stellen ist in Brüssel ein Rückbau von Regulierung notwendig. Die EU-Kommission hat dies auch erkannt, doch müssen der Erkenntnis die entsprechenden Taten folgen. Der neuen Bundesregierung kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Entsprechend der Ankündigung von Friedrich Merz beim AGDW-Empfang hat sie sich laut Koalitionsvertrag die Anpassung der EUDR fest vorgenommen. Für uns ist es der Lackmustest für ein Europa, das wieder wettbewerbsfähiger wird, indem es Lernfähigkeit beweist.

Ihr



Prof. Dr. Andreas W. Bitter
Präsident der
AGDW – Die Waldeigentümer

Liebe Leserinnen und Leser,



„Alles neu macht der Mai“ – das bekannte Sprichwort ist mehr als nur ein saisonales Bonmot. Es ist Ausdruck einer Zuversicht, die in der forstwirtschaftlichen Arbeit wurzelt: der Erwartung auf Erneuerung und Wachstum. So auch im Wald.

Unzählige Waldbesitzende, Försterinnen und Förster, Forstwirtinnen und Forstwirte sowie helfende Hände von Freiwilligen haben in diesem Frühjahr wieder Millionen junger Bäume in den Boden und den Waldumbau damit weiter vorangebracht. Es ist ein Langfrist-Projekt, dessen Erfolge immer stärker zu Tage treten.

In der Langfrist-Rückschau zeigen auch die Ergebnisse der im Herbst veröffentlichten vierten Bundeswaldinventur (BWI4), wie erfolgreich die nachhaltige Waldbewirtschaftung in Deutschland ist. Zu den positiven Trends gehören die deutliche Erhöhung des Laubbaumanteils, die Steigerung der Strukturvielfalt und der Naturnähe. Auch hat die Menge an Totholz im Wald deutlich zugenommen. Das nützt Insekten wie dem Hirschkäfer, den wir für den Titel dieses Heftes ausgewählt haben. Seine Larven benötigen Totholz – und siedeln sich auch gern in Exemplaren des Baumes des Jahres 2024 an – der Rot-Eiche, die wir in dieser Ausgabe ebenfalls porträtieren. Ihr starker Holzzuwachs macht sie neben weiteren waldbaulichen Eigenschaften gerade für den Wald als Klimaschützer sehr willkommen. Denn es ist der Holzzuwachs, der die CO_2-Pumpe Wald und damit die Klimaschutzleistung des Waldes am Laufen hält.

Diesen Stellenwert der CO_2-Pumpe Wald machen wir nicht erst seit der öffentlichen Diskussion um die BWI4 immer wieder deutlich. In der Darstellung der BWI4-Ergebnisse durch den damaligen Minister wurde hingegen stark auf die Entwicklung des Kohlenstoffvorrats im Wald fokussiert, reduziert auf einen verkürzten Betrachtungszeitraum, der nur die zweite Hälfte der BWI4-Periode erfasste. Dabei hat Deutschland gerade im EU-Vergleich höchste Holzvorräte.

Unabhängig von der verkürzten Darstellung der Entwicklung des Kohlenstoffvorrats im Wald untermauern die BWI4-Ergebnisse für uns die Reformbedürftigkeit der LULUCF-Bestimmungen im Klimaschutzgesetz. Denn diese gesetzlichen Bestimmungen fokussieren sich in nicht sachgerechter Weise allein auf die Entwicklung des Holzvorrats.

Bestärkt sehen wir uns in der Forderung nach einer entsprechenden Gesetzesreform durch die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Waldpolitik beim Bundeslandwirtschaftsministerium vom Januar 2025. Der Beirat warnt ebenfalls vor einem „Weiter so“ beim Klimaschutzgesetz.

Diese Stellungnahme des Beirats ist nur ein Beispiel dafür, warum wir in diesem Magazin den zeitlichen Bogen über mehr als ein Kalenderjahr spannen, von Januar 2024 bis ins Frühjahr 2025. Damit ordnen wir nicht nur die Entscheidungen der alten Bundesregierung ein, sondern auch erste forstpolitische Ankündigungen der neuen.

Die Erwartung auf Erneuerung begleitet in diesen Tagen auch das politische Leben in Deutschland nach dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung.

Welche Erwartungen die privaten und kommunalen Waldeigentümer in die Politik setzen, haben wir als AGDW im vergangenen Jahr unseren Ansprechpartnern in Bund und Ländern immer wieder verdeutlicht – von Kongressveranstaltung und persönlichem Gespräch über Online-Events und Interviews bis zu Treffen in der Fläche. Auf dem fruchtbaren Dialog lässt sich aufbauen. Unser Ziel bleibt es, in herausfordernden Zeiten für den Wald die Rahmenbedingungen für die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer in Deutschland bestmöglich zu gestalten.

Ihre



Dr. Irene Seling
Hauptgeschäftsführerin der
AGDW – Die Waldeigentümer



AGDW in den Medien

Von Waldgesetz bis Bundeswaldinventur

Für die Medien bot sich seit Anfang 2024 viel Stoff für die politische Berichterstattung rund um den Wald, seine Bewirtschaftung und den nachwachsenden Rohstoff Holz. Ob Bundeswaldgesetz, Bundeswaldinventur (BWI4) oder EU-Entwaldungsverordnung: Die AGDW verschaffte sich in den Medien nachhaltig Gehör. Mit ihren klaren Positionen drückten die Waldeigentümer den Debatten an vielen Stellen ihren Stempel auf. So verdeutlichte AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter in Schwerpunktsendungen zum Bundeswaldgesetz im Deutschlandfunk ebenso wie im Deutschlandradio Kultur, wie das bestehende Gesetz die Vielfalt des Waldeigentums stärkt.

In einem großen Beitrag der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung wurde der Fokus der AGDW auf Bewirtschaftungsfreiheit ebenso gewürdigt wie in der Süddeutschen Zeitung. Seinen Niederschlag fand dieser Aspekt auch in einem ganzseitigen Beitrag der Wochenzeitung Die Zeit unter dem Titel „Neue Bäume braucht das Land“.

Hohe Intensität erreichte das Medieninteresse zu Forstthemen mit der Bundeswaldinventur, deren Ergebnisse im Oktober 2024 veröffentlicht wurden. Die AGDW verschaffte sich mit Botschaften zum Waldumbau, so über ein Interview mit Prof. Bitter in der Wirtschaftswoche und über Berichterstattung auf ZDF online, schon im Vorfeld hohe Sichtbarkeit. Kurz vor Erscheinen der BWI4-Zahlen sorgte die reichweitenstarke Meldung der Nachrichtenagentur dpa „Waldumbau ist Mehrgenerationenprojekt“ für die prominente Platzierung von AGDW-Positionen. In der Bewertung der BWI4-Zahlen fand die AGDW-Kommentierung durch dpa-Meldungen ebenso wie über Kommentare in der FAZ und auf zdf.de starken Widerhall.

In Interviews mit der Rheinischen Post und ihr angeschlossenen großen Tageszeitungen wurden forstpolitische Themen ebenso platziert wie Appelle zum richtigen Verhalten im Wald.

Klare Kante zeigte die AGDW beim Thema Holzenergie. In einem ganzseitigen Artikel der Welt am Sonntag bezog sie Stellung zum sogenannten CO_2-Rechner des Umweltbundesamtes. Kontinuierlich und ausführlich waren die Waldeigentümer in der Fachpresse vertreten, so im Holz-Zentralblatt, in landwirtschaftlichen Wochenblättern und AFZ – Der Wald ebenso wie in Online-Medien wie Tagesspiegel Background, Agra-Europe und topagrar.com. Zu den Highlights gehörten ein Doppelinterview mit Prof. Bitter und NABU-Präsident Jörg-Andreas Krüger in Agra-Europe und ein Streitgespräch zur EUDR mit dem WWF im Tagesspiegel Background. Für nachhaltiges Medienecho sorgte auch der Waldeigentümerempfang 2025. Vor dem Hintergrund des Bundestagswahlkampfs berichtete unter anderem das Wochenmagazin Focus.

Crossmediale Beiträge haben kontinuierlich die Reichweite der AGDW-Pressearbeit über ihre Social Media-Kanäle erhöht. Die Verbands-Accounts vereinen mehr als 2.700 Follower auf LinkedIn und eine vergleichbare Größenordnung auf Facebook. Weiter an Reichweite gewinnt auch der Instagram-Kanal der AGDW. Mit teils animierten Infografiken wurden im Rahmen eines von der Landwirtschaftlichen Rentenbank geförderten Projekts forstwirtschaftliche Themen prägnant visualisiert, so zu Waldeigentum, Waldumbau und Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen. Diese Visualisierungen stoßen online und in klassischen Medien auf breites Interesse.

www.waldeigentuemer.de

KONTAKT
Alexander Knebel, Pressesprecher +49 30 3116676-25, aknebel@waldeigentuemer.de

POLITIK

Vom Ampel-Stop-and-Go bis zum Aufbruch der neuen Koalition

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November 2023, mit dem sich der Umfang des Klima- und Transformationsfonds (KTF) um 60 Mrd. Euro reduzierte, brachte die Haushälter der damaligen Ampel-Koalition von heute auf morgen in massive Bedrängnis. In der Folge des Urteils, das politische Beobachter im Nachhinein als Anfang vom Ende der Ampel-Regierung werteten, litten forstpolitische Förderprogramme teils ganz erheblich. Das galt nicht zuletzt für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschütz (GAK).

Nach dem KTF-Urteil aus Karlsruhe gab das Bundesfinanzministerium (BMF) im Jahr 2024 zunächst im Rahmen einer Verfügungsbeschränkung nur 25% der KTF-Mittel für Wiederaufforstung und Waldumbau aus der GAK frei. Das entsprach einer Summe von 31,5 Mio. Euro. Die Mittelbereitstellung an das zuständige Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) verband das BMF mit dem Hinweis, dass über weitere Mittel erst entschieden werde, wenn diese Summe vollständig durch die Länder abgerufen und ausgegeben worden sei. Wann das BMF die restlichen 75% der Bundesmittel oder einen weiteren Teilbetrag zuweisen würde, blieb zunächst unklar.

Unsicherheit in der Fläche

Zumal die GAK-Mittel des Bundes durch Gelder der Bundesländer kofinanziert werden müssen, bestand hohe Unsicherheit. Die Situation in den Ländern war sehr unterschiedlich: Einige Länder hatten „ihre“ 25% der Bundesmittel bereits komplett abgerufen, andere verzichteten grundsätzlich auf die Mittel des Bundes, weil sie sich nicht in der Lage sahen, die erforderlichen Landesmittel in Höhe von 40% des Gesamtbetrags bereitzustellen. Wieder andere Länder wollten keine Mittel abrufen, solange nicht klar war, ob auch die restlichen 75% des Bundes folgen würden – sie schätzten das Risiko als zu hoch ein. Am Ende flossen für Wiederaufforstung und Waldumbau im Rahmen der GAK-Programme nur rund 41 Mio. Euro aus Bundesmitteln für 2024 ab, also weniger als ein Drittel der eigentlich vereinbarten Summe.

Besser sah es im Frühjahr 2025 für das laufende Jahr aus. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung wurde mit Stand vom März dieses Jahres ein Verfügungsrahmen von 40,5 Mio. Euro bereitgestellt. Das entspricht einem Anteil von 45% des insgesamt für 2025 vorgesehenen Gesamtbetrages von 90 Mio. Euro aus Bundesmitteln. Die AGDW setzt sich weiterhin für eine zeitnahe und unkomplizierte Bereitstellung der GAK-Mittel ein.



In ihrem Koalitionsvertrag vom 9. April 2025 haben sich Union und SPD zu einer deutlichen Erhöhung der GAK-Mittel bekannt. Dies muss unbedingt auch der GAK-Waldförderung zugutekommen.

Aufstockung fehlt noch

Die Mittelzuweisung aus dem KTF sollte nach dem Dafürhalten der AGDW unter Federführung des BMEL geschehen, und zwar für die GAK ebenso wie für das 2022 aufgelegte Programm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ (KWM). Erstmals werden mit diesem Programm Ökosystemleistungen des Waldes vergütet. Dieses Programm fällt seit 2023 unter den KTF, mit fachlicher Zuständigkeit sowohl des BMEL wie auch des Bundesumweltministeriums (BMUV). In der Folge des Karlsruher KTF-Urteils kam es Ende 2024 zu einem Antragsstopp. Die verfügbaren 135 Mio. Euro waren aufgrund hoher Nachfrage ausgeschöpft. Neue Anträge wurden abgelehnt. Die AGDW spricht sich deshalb für eine Aufstockung des Programms aus, um Neuanträge genehmigen zu können und veranschlagt den Mittelbedarf auf bis zu 150 Mio. Euro pro Jahr.

Im April 2025 meldeten BMEL und BMUV, dass die Bescheide für 2025 verschickt wurden – ein positives Signal für Planungssicherheit und Kontinuität. Allerdings fehlt es weiterhin an den notwendigen Mitteln, um künftig auch neue Anträge bedienen zu können. Die starke Nachfrage nach GAK- und KWM-Mitteln ist ein Indiz dafür, dass die Ampelregierung einige förderpolitische Weichen richtig stellte, auch wenn die Planungssicherheit nach dem Karlsruher KTF-Urteil für Waldbesitzer massiv eingeschränkt war.

Ordnungspolitischer Irrweg

Gleichzeitig ging die Ampel-Regierung ordnungspolitisch mit ihrem Projekt zur Novellierung des bewährten Bundeswaldgesetzes in die Irre. In Reaktion auf die Pläne des Bundeslandwirtschaftsministeriums legte die AGDW Anfang 2024 ein Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit des damaligen Entwurfs vor. Es zeigte schwerwiegende rechtliche Mängel: Mehrere der seinerzeit geplanten Regelungen verletzten Eigentumsrechte und Berufsfreiheit. Der Entwurf hätte Bürokratie erhöht und überschritt in Teilen die Bundeskompetenzen. Zudem wollte der Bund durch „allgemeine Grundsätze“ den Ländern ihre Regelungsspielräume nehmen. Die AGDW forderte daher gemeinsam mit BLK und Familienbetrieben Land und Forst: „Finger weg vom Bundeswaldgesetz!“ (s. S. 45). Unterstrichen wurde dies mit einer „Rote Karten“-Aktion beim Waldeigentümer-Empfang 2024 auf der Grünen Woche. Im Jahresverlauf begleitete die AGDW jederzeit kritisch die weiteren Entwicklungen, auch nachdem Mitte August ein Referentenentwurf für ein Änderungsgesetz des bestehenden Bundeswaldgesetzes vorgelegt wurde. Das war insofern ein Richtungswechsel, da das frühere Ziel eines Neuerlasses bzw. einer Vollnovellierung verworfen wurde. Der Entwurf enthielt keine Lösungsansätze zur Entbürokratisierung forstpolitischer Vorgaben und damit zur Entlastung der Waldbesitzenden. Vielmehr wurde der Kurs fortgesetzt, in das Eigentum eingreifen und die Bewirtschaftung einschränken zu wollen.

Union und SPD haben sich zu einer deutlichen Erhöhung der GAK-Mittel bekannt. Dies muss unbedingt auch der GAK-Waldförderung zugutekommen.

Das galt auch für den Referentenentwurf vom 31. Oktober 2024, zu dem das BMEL sogleich die Verbändeanhörung einleitete. Darüber zeigten sich die Verbände der Waldwirtschaft irritiert, zumal der Entwurf in der Bundesregierung nicht geeint war. Der Start der Verbändeanhörung warf weitere Fragen zu einem Projekt auf, das immer neue Unsicherheiten für die Waldbesitzenden geschaffen hatte. Mit dem Ende der Ampel-Regierung zog das Bundeslandwirtschaftsministerium nur wenige Tage später die Novellierungspläne endgültig zurück.

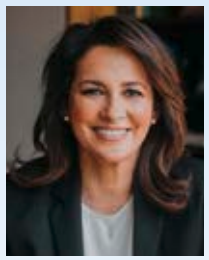
Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz bekannte sich beim Waldeigentümerempfang 2025 zum bewährten Bundeswaldgesetz. In ihrem Koalitionsvertrag vom 9. April 2025 haben Union und SPD sich zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und zu verbesserter Unterstützung der Waldbesitzer bei der Erbringung von Ökosystemleistungen bekannt. Darauf lässt sich aufbauen, wenn die neue Koalition die Eigentumsrechte respektiert und die Gestaltungsmöglichkeiten der Landnutzer bewahrt.

KONTAKT
Kurt Hauschild, Referent Forstpolitik und EU-Politik, +49 30 311 8868-43,
khauschild@waldeigentuemer.de



Prof. Dr. Andreas W. Bitter,
Präsident der AGDW - Die Waldeigentümer

„Das Bundeswaldgesetz hat sich mit seinen klar formulierten Zielen des Walderhalts und der Förderung der Forstwirtschaft als wegweisend für die multifunktionale Waldbewirtschaftung erwiesen. Es ist ein verlässlicher Kompass, auf den Politik, Forstwirtschaft und Gesellschaft vertrauen können, gerade auch in Zeiten der Klimakrise und großer wirtschaftlicher Herausforderungen."



Michaela Kaniber (CSU),
Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

„In Zeiten der Klimakrise ist der Wald für uns die Lebensversicherung schlechthin. Wir brauchen den Wald als Beschützer, Lebensraum, Klimaretter und Wirtschaftsfaktor. Aber, der Wald braucht auch uns: Wir müssen den Wald klimastabil gestalten und fit machen für die Zukunft. Das Bundeswaldgesetz bietet seit 50 Jahren einen ausgewogenen Rahmen für regionale Lösungen und auf die kommt es mehr denn je an. Gerade im Blick auf die vielfältigen Herausforderungen und Ansprüche an unsere Wälder ist das Bundeswaldgesetz damit nach wie vor zeitgemäß und zukunftsfähig. Herzlichen Glückwunsch, Bundeswaldgesetz!"





Jan-Christoph Oetjen (FDP),
Mitglied des Europaparlaments

„Die Europapolitik hat in den vergangenen Jahren über den Hebel der Umwelt- und Klimapolitik immer stärker auch die Forstwirtschaft erfasst. Dabei sollte das Prinzip der Subsidiarität dafür sorgen, dass Europa nur dort reguliert, wo es zuständig ist und Mehrwert schafft. Auf dieses Prinzip müssen wir uns wieder besinnen. Bestes Beispiel ist die Forstpolitik. So sorgt in Deutschland das Bundeswaldgesetz dafür, dass sich aktuelle und künftige Herausforderungen der Forstwirtschaft standortgerecht in den Regionen hervorragend mit nationalen Kompetenzen meistern lassen. In diesem Sinne sage ich: Happy Birthday Bundeswaldgesetz."



Sven Schulze (CDU),
Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt

„Seit 50 Jahren gibt das Bundeswaldgesetz unserem Wald eine sichere Zukunft. Es schützt, lenkt und ermöglicht eine nachhaltige Nutzung. In Sachsen-Anhalt setzen wir auf zukunftsfähige Wälder mit Vielfalt und Stabilität. Mit Herz und Verstand arbeiten wir daran, unsere Wälder weiter klimafest zu machen. Das Gesetz gibt uns den Rahmen, unseren Wald zu pflegen und für kommende Generationen zu erhalten. Ein guter Grund zum Feiern – herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!"



Hermann Färber (CDU),
Mitglied des Deutschen Bundestages

„Das Bundeswaldgesetz bewährt sich seit 50 Jahren, weil es in unseren Wäldern Bewirtschaftung, Naturschutz und Freizeitnutzungen in eine tragfähige Balance bringt. Es schafft damit verlässliche Rahmenbedingungen. Solch verlässliche Rahmenbedingungen sind notwendig, damit Waldbesitzende ihre Wälder weiterhin an den Klimawandel anpassen können und resiliente Mischwälder entstehen. Das Bundeswaldgesetz trägt maßgeblich dazu bei, dass Deutschland ein vielfältiges und starkes Waldland ist – herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum und alles Gute für unseren Wald!"



Prof. Dr. Ewald Endres,
Verfasser des Kommentars zum Bundeswaldgesetz

„Mit dem Bundeswaldgesetz in seiner jetzigen Form gelingt es noch immer, die wesentlichen (und teilweise sehr kontroversen) Anforderungen, die die Gesellschaft an den Wald stellt, in der Balance zu halten und zu erfüllen. Ein zentraler Grund für dieses Erfolgsmodell dürfte darin liegen, dass sich das BWaldG an vielen Stellen mit Details zurückhält und Mindeststandards vorgibt, die von den Bundesländern umzusetzen sind."





Christine Singer (Freie Wähler),
Mitglied des Europäischen Parlaments,
Fraktion Renew Europe

„In Europa wie in seinen Regionen gilt: Der Wald benötigt Vielfalt und Freiheit. Dafür steht in Deutschland das bewährte Bundeswaldgesetz. Es ist Garant, um die Wälder als Wirtschaftsraum, als Orte der Erholung und des Umweltschutzes zu erhalten und weiter zu entwickeln.“



Dr. Wolfgang Schuh,
ehem. Geschäftsführer des Waldbesitzerverbandes Rheinland-Pfalz

„In mehr als 30 Jahren forstpolitischer Arbeit für die Waldbesitzer in Rheinland-Pfalz habe ich die Stärken des Bundeswaldgesetzes aus der landespolitischen Perspektive erlebt. Politische Begehrlichkeiten gab es immer wieder. In der Rückschau ist festzustellen: Das Bundeswaldgesetz bildete und bildet den richtigen Rahmen, in dem die Länder ihre Forstpolitik zielgerecht auf die regionalen Bedürfnisse ausrichten können. In diesem Sinne ist das Bundeswaldgesetz zeitgemäß und zukunftsweisend.“



Martin Werner,
Junge Waldeigentümer

„Zur Jugend gehören für mich Freiheit und Offenheit, um auch Neues ausprobieren zu können. Genau das ermöglicht das Bundeswaldgesetz. Gerade Entscheidungsfreiheit ist für uns Junge Waldeigentümer wichtig, um unsere Wälder und Betriebe erfolgreich in die Zukunft zu führen. Dafür bauen wir auf das bewährte Bundeswaldgesetz“.



Husqvarna

HUSQVARNA 542i XP®/T542i XP®

Akku Power
wie wir sie lieben

Copyright © 2025 Husqvarna AB (publ). Alle Rechte vorbehalten.

Weltweit erste Akku Kettensäge
mit Fliehkraftkupplung

NEU

Perfekt für alle Baumpfleger sowie Baumkletterer bietet diese Säge hohe Leistung und volle Kraft bei jedem Schnitt. Spüren Sie die Kickstartenergie und wie die Kupplung die Kette am Laufen hält, ohne dabei die Kontrolle zu verlieren.

Erfahren Sie mehr unter husqvarna.com/de



HUSQVARNA 542i XP® AKKU KETTENSÄGE

Auch als Tophandle-Säge T542i XP® erhältlich

Studie zur CO_2-Zertifizierung

Welche Möglichkeiten bieten sich, die Klimaschutzleistung des Waldes über CO_2-Zertifizierung in Wert zu setzen? Diese Frage steht im Mittelpunkt der im April 2024 erschienenen Studie „Möglichkeiten des Carbon Crediting für Waldbesitzende“. Erstellt wurde sie von ClimatePal im Auftrag der AGDW sowie der Familienbetriebe Land und Forst. Wie aus der Studie hervorgeht, könnten angesichts zunehmender klimabedingter Schäden und des hohen Finanzierungsbedarfs für Wiederaufforstung und Klimaanpassung CO_2-Märkte eine wichtige Einnahmequelle darstellen. Dabei wird zwischen verpflichtenden und freiwilligen Märkten unterschieden, wobei letztere aktuell größere Relevanz für den Forstsektor haben. Besonders hervorzuheben ist, dass sich der freiwillige CO_2-Markt in einem grundlegenden Wandel befindet: Neue EU-Regelwerke zur Zertifizierung von CO_2-Entnahmen sowie internationale Transparenzinitiativen sollen ab 2026 für mehr Verlässlichkeit sorgen, erzeugen aber derzeit Unsicherheit.

Ein weiterer zentraler Punkt ist der hohe Aufwand für die Entwicklung und Zertifizierung von Waldprojekten, der bisher meist nur für größere Betriebe oder Zusammenschlüsse wirtschaftlich tragfähig ist. Während internationale Zertifizierungsstandards hohe Anforderungen stellen, bieten nationale Ansätze oft bessere Optionen für die Ansprüche der Waldbesitzenden in Deutschland. Insgesamt machte die Studie deutlich, dass für einen erfolgreichen Marktzugang klare Rahmenbedingungen, transparente Informationen und gezielte Unterstützungsangebote notwendig sind.





FWZ-Bundeskongress setzte Trends und Themen

Um die Vielfalt des deutschen Privat- und Kommunalwaldes zu bewahren und in der Klimakrise nachhaltig weiterzuentwickeln, sind Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse (FWZ) unverzichtbare Akteure für Waldbesitzer wie für die Gesellschaft. Das wurde auf dem 22. Bundeskongress Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (BUKO) am 10. und 11. September 2024 in Berlin deutlich. Ausgerichtet vom Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) in Kooperation mit der AGDW fand der BUKO zum vierten Mal in Berlin statt.

FWZ sind als Selbsthilfeorganisationen des privaten und kommunalen Waldbesitzes in Deutschland nicht nur Dienstleister und Repräsentanten Hunderttausender Waldbesitzender, sondern auch wichtige Ansprechpartner für die Politik. **Claudia Müller, damalige Parlamentarische Staatssekretärin beim BMEL**, betonte anlässlich des BUKO: „Zur Stärkung der Resilienz von Wäldern spielt die Förderung eine wichtige Rolle. Dabei ist mir wichtig, dass auch FWZ, gerade in ehrenamtlichen Strukturen, von entsprechenden Finanzierungsinstrumenten profitieren können.“ Die FWZ bilden im Rahmen der Förderung in der Gemeinschaftaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) einen eigenen Förderbereich.

Mit Blick auf politische Entwicklungen im Jahr 2024 warnte **AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter:** „Immer neue regulatorische Lasten beeinträchtigen das Agieren der FWZ auf den Märkten und bedrohen damit auch die FWZ als bewährte Organisationsform.“ Er mahnte eine hinreichende Finanzierung und die notwendige Flexibilität an, damit FWZ erfolgreich agieren können.

Welche Auswirkungen politische Veränderungen auf den Holzmarkt und Branchenstrukturen haben können, wurde in den Foren und auf den Podien eingehend diskutiert, von der EU- über die Bundes- bis zur Länderebene. Wie breit das Spektrum bestehender und möglicher künftiger Aufgaben für FWZ ist, wurde intensiv an fünf Thementischen erörtert, vom Risikomanagement bei Holzgeschäften der FWZ über Warenkreditversicherungen bis hin zur Windkraft im Kleinprivatwald und zum Handel mit CO_2-Zertifikaten. Einen wichtigen Fokus der Fachvorträge bildete zudem die Rolle des Ehrenamtes in den FWZ.

Auf dem BUKO wurde auch ein neuer Kennzahlenvergleich vorgestellt (s. S. 36/37). **Andreas Täger, Sprecher des Initiativkreises Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse**, betonte: „Nicht erst seit den Dürreperioden der vergangenen Jahre erschließen sich FWZ zunehmend neue Geschäftsfelder. Beides, Bündelung des Rundholzangebots und weitere Dienstleistungen, untermauert die wichtige Funktion von FWZ nicht nur für viele Waldbesitzer, sondern auch für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume.“



v.li.: Prof. Dr. Daniela Kleinschmit, Dr. Eckhard Heuer, Prof. Dr. Andreas Bitter, Martin Höbarth, Michael Losch



Dr. Eckhard Heuer, Dr. Irene Seling, Karlheinz Busen



Bernhard Breitsameter und Anna Deparnay-Grunenberg



AGDW-Präsident Prof. Dr. Andreas Bitter referierte in Göttingen bei der BLK-Jahrestagung u. a. zum Bundeswaldgesetz.

Eigentumsrechte wahren, Nutzungsstopps verhindern!

Die Betriebsleiterkonferenz (BLK) als Zusammenschluss größerer Erwerbsforstbetriebe innerhalb der AGDW wächst! Mittlerweile sind über 150 Betriebsleiter mit einer Bewirtschaftungsfläche von annähernd 600.000 ha dabei. Auf der Jahrestagung am 24./25. Juni 2024 in Göttingen konnten rund 60 Teilnehmer begrüßt werden.

Das alles bestimmende Thema war auch in diesem Kreis die von Seiten der grünen Umwelt- und Landwirtschaftsministerien sowie der NGOs mit Macht angestrebte völlige Neufassung des Bundeswaldgesetzes, welches bei Umsetzung insbesondere der ersten - verfassungswidrigen - Version unter dem Deckmantel des Klimaschutzes einem enteignungsgleichen Eingriff nahegekommen wäre. Das Projekt wurde aufgrund der von uns angestoßenen Kampagne „Finger weg vom Bundeswaldgesetz“, u.a. einer Protestaktion mit Lkw in Berlin und schließlich dem „Aus“ der Koalition auf Bundesebene, erfolgreich zu den Akten gelegt. Wesentlichen Anteil an dem Erfolg hatte die FDP, die sich nach intensiver Intervention der BLK hinter unsere Position gestellt und bis zum Schluss an ihrer Ablehnung festgehalten hat. Nach deren Ausscheiden aus dem Bundestag und mit Übernahme der Regierungsverantwortung muss nunmehr die CDU/CSU diese Politik fortsetzen.

DIE PRIVATWALD BETRIEBE BLK

Nicht nur die Wahrung der Eigentumsrechte, sondern auch die Bewältigung der durch die Folgen der Klimakrise bedingten Schadereignisse beschäftigt die Erwerbsforstbetriebe. Insofern wurde auch immer wieder gegenüber der alten Bundesregierung und den verantwortlichen Ministerien der Forderung Nachdruck verliehen, die GAK-Förderung auf verlässliche Füße zu stellen. Aufgrund von Haushaltssperren konnte ein Großteil der ursprünglich in Aussicht gestellten Wiederaufforstungs- und Waldumbauhilfen nicht ausgereicht werden. Gleichzeitig lief das ANK-Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement (KWM), von Kommunen und kleineren Betrieben teils rege angenommen, während viele unserer Mitgliedsbetriebe sich hier teils merklich zurückgehalten haben. Bei dem in Aussicht stehenden Programm KWM+ sind die Bedenken der Erwerbsbetriebe noch viel größer, denn es kommt einem bürokratischen Monster und gleichzeitigem Stilllegungsprogramm unter dem Deckmantel „Entgelt für ökosystemare Leistungen“ sehr nahe. Eine Flächenpauschale als Gegenleistung wollen die wirtschaftenden Erwerbsforstbetriebe keinesfalls! Im gleichen Maße beschäftigten uns forstrelevante Verordnungspakete der EU, die als Teil des „Green Deal“ seit Längerem auf der Tagesordnung standen, z. T. bereits ohne merkbare Veränderung verabschiedet wurden, und sich nunmehr in der nationalen Umsetzung befinden. Insbesondere die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) schafft Probleme. Trotz der Ankündigung von Seiten der wiedergewählten Ratspräsidentin, Bürokratie abbauen zu wollen, lässt selbige grüßen. Den KMU, zu denen auch die BLK-Mitgliedsbetriebe gehören, wird ein gigantischer Aufwand aufgezwungen, den es abzuwehren gilt. Die EUDR, die ebenfalls in der Umsetzung befindliche Wiederherstellungsverordnung (W-VO) sowie weitere in der Pipeline befindliche Verordnungen haben die BLK bewogen, sich an dem Projekt „Repräsentanz der deutschen Waldbesitzer bei der EU“ mit Manpower (u.a. Mitwirkung im Lenkungsausschuss) und finanziell zu beteiligen. Wir müssen in der EU-Politik vor die Welle kommen, um frühzeitig am politischen Markt informiert zu sein und agieren zu können. Angestrebt ist eine engere Zusammenarbeit mit dem europäischen Dachverband der Familienbetriebe Land & Forst (ELO) sowie dem Dachverband der Europäischen Waldbesitzer (CEPF). Es gilt hier den zahlreichen Lobbyisten der NGOs Angemessenes entgegenzusetzen.

Nicht nur die Wahrung der Eigentumsrechte, sondern auch die Bewältigung der durch die Folgen der Klimakrise bedingten Schadereignisse beschäftigt die Erwerbsforstbetriebe.



BLK-Sprecher Karl-Joachim Baron von Brandenstein



Johannes Gerst, einer der BLK-Sprecher, beim Vortrag in Göttingen



Stetig im Wachstum: Die BLK-Teilnehmer auf ihrer Jahrestagung in Göttingen

KONTAKT
Wolf-Henning von der Wense, Referent der Betriebsleiterkonferenz, +49 157 73 66 89 17,
wvonderwense@waldeigentuemer.de

2 Jahre Soziale Selbstverwaltung in der SVLFG

Einsatz trägt Früchte

Mit der Konstituierung der Vertreterversammlung und den Wahlen im Herbst 2023 begann die ehrenamtliche Selbstverwaltungsarbeit in der SVLFG. In den ersten zwei Jahren standen die Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter der Waldbesitzerverbände vor vielfältigen Herausforderungen.

Vermeidung weiterer Beitragserhöhungen hat Priorität

Ein zentrales Anliegen war die Vermeidung weiterer Beitragserhöhungen in der **Landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV)**. Die Diskussionen zur Anerkennung von Parkinson als Berufskrankheit und die damit zu erwartenden Kostensteigerungen führten zu intensiven Debatten. Das Ergebnis war eine unvermeidbare zusätzliche Mitteleinwerbung bei den Versicherten von 100 Mio. Euro im Jahr 2024. Hinzu kamen weitere Erhöhungen für allgemeine, nicht mit der Berufskrankheit Parkinson in Verbindung stehende Kosten. Insgesamt belief sich damit die Beitragserhöhung 2024 auf 18%.

Diese war für die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer auch deshalb so schwer zu verkraften, weil die letzte Erhöhung erst zwei Jahre zurücklag. Die Reduzierung des Bundeszuschusses von 178 Mio. Euro auf 100 Mio. Euro im Jahr 2022 durch einen Beschluss des Bundestages hatte eine Erhöhung des Risikobeitrags um ebenfalls 18% zur Folge gehabt. Die Vertreter der Waldbesitzerverbände machten sowohl in der Sozialen Selbstverwaltung als auch in Gesprächen mit der Politik deutlich, dass diese Kostenspirale gestoppt werden muss. Die AGDW fordert eine Wiederanhebung des gekürzten Bundeszuschusses mindestens auf das Niveau des Jahres 2021.

Kritik an Beitragserhöhungen im Zusammenhang mit Parkinson

Am 5. September 2023 empfahl der Ärztliche Sachverständigenbeirat Berufskrankheiten (ÄSVB), ein beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales angesiedeltes Gremium, Parkinson in die **Berufskrankheitenverordnung** aufzunehmen. Bei einer Anerkennung erhalten Erkrankte ihre Leistungen nicht mehr über die Krankenkasse, sondern über die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (LBG) rückwirkend zum 5. September 2023. Die SVLFG kritisierte in ihrer mit den Selbstverwaltern erarbeiteten Stellungnahme insbesondere die niedrige Hürde von nur 100 Anwendungstagen im gesamten Berufsleben als unangemessen. Zudem wurde bemängelt, dass nach aktuellem wissenschaftlichem Stand nur für zwei seit Jahren nicht mehr zugelassene Wirkstoffe ein Zusammenhang zu der Krankheit nicht ausgeschlossen werden kann, in der Empfehlung des ÄSVB jedoch alle Herbizide, Insektizide und Fungizide einbezogen werden.

Laut SVLFG ist mit einer Anerkennungsquote von 80% zu rechnen. Damit könnten auch in den nächsten Jahren immense Kosten auf die LUV zukommen. Die Versicherten in der Risikogruppe Forst könnten ebenfalls voll betroffen sein – sowohl als Beitragszahler als auch als Berufserkrankte – obwohl im Forst Pflanzenschutzmittel lediglich als Ultima Ratio eingesetzt werden.

Da noch viele offene Fragen zu klären sind, wird das Thema Berufskrankheit Parkinson auch weiterhin die Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter beschäftigen.

Neuer LKK-Beitragsmaßstab und Unfallprävention als weitere bestimmende Themen

Ein weiteres wichtiges Thema war die Ausgestaltung eines **neuen Beitragsmaßstabs in der Landwirtschaftlichen Krankenkasse**. Die Forstvertreter votierten für das Modell, das zwar zu deutlichen Verschiebungen bei den Beitragsklassen führte, jedoch eine größere Beitragsgerechtigkeit bewirkt. Im Forst werden auf Landkreisebene Standardeinkommenswerte mit einem zehnjährigen gleitenden Durchschnitt bei der Beitragsberechnung herangezogen. Die Daten für die pauschalen Standardeinkommenswerte kommen aus dem Testbetriebsnetz und aus der Bundeswaldinventur. Der neue Beitragsmaßstab gilt seit dem 1. Januar 2025.

Die **Arbeit in den Widerspruchsausschüssen** liefert wichtige Erkenntnisse zum Versicherungsgeschehen, die auch genutzt werden, um Anpassungsbedarfe im Leistungsspektrum zu identifizieren und gegebenenfalls umzusetzen.

In der **Präventionsarbeit** lag der Fokus darauf, die Unfallzahlen im Wald zu reduzieren. Diese befinden sich seit Jahren auf erschreckend hohem Niveau. Deshalb schlugen die Vertreter des Forstes der SVLFG vor, mit der Initiierung einer Präventionsoffensive in besonders unfallträchtigen Regionen neue Wege in der Unfallprävention zu gehen. Einen Beitrag leisten auch die neuen Online-Seminare der AGDW zu Präventions- und Arbeitssicherheitsthemen, die auf großes Interesse bei Waldbesitzenden stoßen.

Die SVLFG setzte ihre jährlichen Förderaktionen zur finanziellen Unterstützung beim Neukauf ausgewählter Produkte fort, die der Sicherheit und dem Gesundheitsschutz dienen. Bei der Aufstellung des Produktkatalogs floss auch die Expertise der Forstvertreter ein. Diese mahnten an, die Wirksamkeit der Maßnahme überprüfen zu lassen, um reine Mitnahmeeffekte zu erkennen und auszuschließen. Dies gewinnt ab kommendem Jahr an Bedeutung, da ab 2026 der Förderzuschuss von 1 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro erhöht werden soll. Für Kleinprivatwaldbesitzende konnten die Forstvertreter außerdem bessere Zugangsvoraussetzungen zu den Präventionszuschüssen erreichen. Auch die Anhebung und Harmonisierung der Zuschüsse für Motorsägenkurse ist als ein weiterer Schritt für mehr Sicherheit und Unfallvermeidung grundsätzlich positiv zu bewerten. Eine weitere Erhöhung, wie von den Forstvertretern gefordert, ist in der Diskussion.

Ausblick

Die ehrenamtliche Selbstverwaltungsarbeit erfordert von den Selbstverwalterinnen und Selbstverwaltern der Waldbesitzerverbände hohes Engagement und die Bereitschaft, sich intensiv in komplexe Themen einzuarbeiten. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass dieser Einsatz Früchte trägt.

Angesichts des anhaltenden Strukturwandels mit einer sinkenden Zahl an beitragszahlenden Unternehmen und einer wachsenden Zahl an Altenteilern gerät das landwirtschaftliche Sozialversicherungssystem zunehmend unter Druck. Die Soziale Selbstverwaltung wird sich daher nicht nur mit aktuellen Themen, sondern auch mit systemrelevanten Zukunftsfragen befassen müssen. Die Interessen des Forstes werden für die Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter stets im Vordergrund stehen.



KONTAKT
Caroline Dangel-Vornbäumen, Referentin Sozialpolitik, +49 30 311 6676-27,
cdangel@waldeigentuemer.de

Windkraft im Wald:

Chancen für Waldeigentümer

Der deutsche Wald steht vor großen Herausforderungen. Stürme, Dürre und Schädlingsbefall setzen den Beständen zu und führen zu finanziellen Einbußen für Waldeigentümer. Gleichzeitig wächst der Druck, nachhaltige Lösungen für die Energiewende zu finden. Eine vielversprechende Möglichkeit bietet die Nutzung von Waldflächen für Windenergie. Hier setzt Caeli Wind an: als kompetenter Partner für Forsteigentümer, die ihr Land wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig nutzen wollen.

Warum eignen sich Waldflächen für Windkraft?

Waldgebiete bieten oft ideale Bedingungen für Windkraftanlagen. Die Windverhältnisse auf Höhenrücken und Lichtungen sind vielfach optimal, sodass effiziente Energiegewinnung möglich ist. Zudem gibt es zahlreiche Waldflächen, die beispielsweise durch Stürme oder Schädlingsbefall beeinträchtigt wurden und sich für die Installation von Windkraftanlagen eignen.

Mehrwerte für Waldeigentümer

Die Verpachtung von Waldflächen für Windkraft bietet für Forsteigentümer eine langfristige wirtschaftliche Perspektive:

- **Stabile Einnahmen:** Windenergieanlagen generieren über Jahrzehnte hinweg Pachteinnahmen, die unabhängig von Holzpreisen oder Marktschwankungen sind.
- **Refinanzierung von Aufforstungsprojekten:** Mit den Einnahmen aus der Windkraft lassen sich nachhaltige Waldumbauprojekte finanzieren.
- **Kompensation finanzieller Verluste:** Durch Kalamitäten geschädigte Flächen, die für die Holzproduktion nicht mehr nutzbar sind, können durch Windkraft wieder wirtschaftlich genutzt werden.
- **Nachhaltige Energiewende unterstützen:** Windenergie trägt aktiv zur Reduktion von CO_2-Emissionen bei und unterstützt den Klimaschutz.

Caeli Wind: Der richtige Partner für Waldeigentümer

Caeli Wind begleitet Waldeigentümer auf dem gesamten Weg, von der ersten Standortanalyse bis zum Gestattungsvertrag. Dank modernster Geodatentechnologie und fundierter Expertise identifiziert Caeli Wind geeignete Standorte, berät zu optimalen Nutzungskonzepten und schafft eine faire, transparente Grundlage für Verpachtungen. Der Service für Grundeigentümer ist dabei kostenlos und unverbindlich. Über den Flächencheck auf caeli-wind.de können Eigentümer unkompliziert prüfen, ob ihr Waldgebiet für Windenergie geeignet ist.

Windkraft im Wald: Eine wachsende Chance

Die zunehmende Bedeutung von Windkraft im Wald zeigt sich auch an der steigenden Nachfrage bei Ausschreibungen. Immer mehr Waldeigentümer erkennen die wirtschaftlichen und ökologischen Vorteile und nutzen ihre Flächen für nachhaltige Energieerzeugung.
Waldeigentümer, die gerne langfristig planen und die Widerstandsfähigkeit ihres Waldes gegenüber Klimawandel und wirtschaftlichen Risiken erhöhen möchten, können mit Windkraft eine nachhaltige Einkommensquelle erschließen. Mit Caeli Wind haben sie einen erfahrenen Partner an ihrer Seite, der die Interessen aller Beteiligten miteinander verbindet und nachhaltige Energielösungen ermöglicht.



KONTAKT
Caeli Wind GmbH, info@caeli-wind.de, +49 30 688 30 230 0, www.caeli-wind.de

Caeli Wind
Der Windflächen-Marktplatz

Faire Pacht dank Windkraft-Ausschreibung.

Stellen Sie Ihren Forstbetrieb durch Flächenverpachtung zukunftssicher auf.
Mit Caeli Wind.



Das bietet nur Caeli Wind. 100 % unabhängig und kostenfrei:

- Analyse und Feinplanung Ihrer Flächen
- Ausschreibung Ihrer Flächen mit direktem Zugang zu über 70 Projektentwicklern
- Sie wählen Ihren Projektentwickler nach erfolgter Auktion aus
- Rechtlich geprüfter Gestattungsvertrag

Jetzt zum kostenlosen Flächencheck

caeli-wind.de

Europa in der Forstpolitik zwischen Dirigismus und Pragmatismus



Das Europaparlament in Straßburg

In der Europapolitik war das Jahr 2024 von neuen Weichenstellungen und neuen Akteuren geprägt. Die Amtszeit der EU-Kommission endete ebenso wie die Wahlperiode des Europaparlaments. Mit der Europawahl vom 6. bis 9. Juni 2024 zogen 720 Abgeordnete in das Parlament ein. Die Europäische Volkspartei (EVP) blieb stärkste Kraft, während Sozialdemokraten (S&D), Liberale (Renew Europe) und Grüne (Greens/EFA) Verluste hinnehmen mussten. Zugleich gewannen Parteien an Sitzen hinzu, die eine europakritische Haltung einnehmen.

In der vergangenen Legislaturperiode hatte die EU-Kommission im Rahmen des „Green Deal" zahlreiche Regulierungsvorschläge mit überaus problematischen Auswirkungen auf die Forstwirtschaft präsentiert. Dazu gehört die zuerst im Mai 2022 als Vorschlag vorgelegte und später als „Bürokratiemonster" bekannte EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR), deren Überarbeitung die AGDW fordert (s. S. 28/29).

Rechtzeitig legte die AGDW Wahlprüfsteine vor, in der sie maßgebliche Parteien zu ihren forstpolitischen Positionen befragte. Im Positionspapier „EU-Waldpolitik neu ausrichten – Waldbewirtschaftung zukunftsfest gestalten" pochte die AGDW auf eine Zügelung der immer stärkeren EU-Eingriffe in forstliche Belange. Die AGDW fordert eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, damit forstliche Regelungen nicht weiter zentralisiert und damit praxisferner werden.

Anders als in Deutschland, wo laufende Gesetzgebungsverfahren mit dem Wahltermin nicht fortgeführt werden, gilt dieses Prinzip der Diskontinuität im Europaparlament nicht. Entsprechend befassen sich die jetzigen Abgeordneten weiterhin mit zahlreichen Vorhaben des Vorgänger-Parlaments. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, deren neues Kollegium am 1. Dezember 2024 die Arbeit aufnahm, sagte nach ihrer Bestätigung für eine zweite Amtszeit eine Vereinfachung von EU-Gesetzgebung zu.

Wiederherstellungs-Verordnung

Nach erheblichem Widerstand in den EU-Institutionen wurde die umstrittene Verordnung zur „Wiederherstellung der Natur" (Wiederherstellungs-Verordnung, W-VO), in der EU bekannt als „Nature Restoration Law", am 17. Juni 2024 doch noch mit knapper Mehrheit im Rat der EU beschlossen. Dieser Beschluss fußt auf einem Kompromiss mit dem Europaparlament, der am 9. November 2023 erzielt worden war und sieht vor, dass bis 2030 auf mindestens 20% der Land- und Meeresflächen der EU Wiederherstellungsmaßnahmen durchgeführt und bis 2050 alle „sanierungsbedürftigen" Ökosysteme verbessert werden. Trotz massiver Kritik von Landnutzerverbänden und aus einzelnen Mitgliedstaaten hatte das Europäische Parlament im Februar 2024 zugestimmt. Die AGDW macht starke Vorbehalte gegen die W-VO geltend. Nach wie vor kritisieren die Waldbesitzenden die unklaren Vorgaben zu Umsetzung und Finanzierung sowie drohende Nutzungseinschränkungen, die ohne ausreichenden Ausgleich die Waldbewirtschaftung gefährden werden.

Kohlenstoffentnahme zertifizieren

Die Verordnung zur freiwilligen Zertifizierung von Kohlenstoffentnahmen durchlief 2024 das EU-Gesetzgebungsverfahren. Ziel ist ein europaweiter Rahmen für hochwertige Entnahmen, basierend auf den sog. QU.A.L.ITY-Kriterien der EU: Quantifizierung, Zusätzlichkeit, Langzeitspeicherung und Nachhaltigkeit. Die EU-Kommission stellte im Herbst Ansätze zur Weiterentwicklung der Zertifizierung in der Forstwirtschaft vor, inbesondere mit Blick auf den geplanten EU-Zertifizierungsrahmen für Kohlenstoffentnahme (Carbon Removal Certification Framework – CRCF). Ziel ist es, Methoden zur Erfassung und Zertifizierung der Kohlenstoffbindung in Wäldern und Forstprodukten zu entwickeln. Ab 2028 ist ein EU-weites CRCF-Register geplant, das Transparenz und Rückverfolgbarkeit sicherstellen soll. Parallel wird ein Markt für CRCF-Zertifikate aufgebaut, der unter anderem Investitionen in forstwirtschaftliche Maßnahmen fördern soll. Der Fokus liegt zunächst auf Aufforstungsprojekten auf degradierten Flächen und später auf Wiederaufforstung und Waldumbau. Nachhaltigkeitsanforderungen, etwa der Schutz von Kohlenstoffvorräten, Biodiversität und Wassernutzung, spielen eine zentrale Rolle. Die Ergebnisse laufender Pilotprojekte sollen in die Politikgestaltung einfließen. Aus Sicht der AGDW müssen die Zertifizierungsanforderungen praxisnah und vor allem auch im Kleinprivatwald umsetzbar sein.

Soil Monitoring Law

Zur geplanten EU-Richtlinie zur Bodengesundheit (Soil Monitoring Law), deren Ziel es ist, bis 2050 sämtliche Böden in einen gesunden Zustand zu bringen, beschloss das EU-Parlament im April 2024, die von der Kommission zunächst vorgesehene Pflicht zur Definition nachhaltiger Praktiken ebenso zu streichen wie die regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen. Auch die gesamte Liste nachhaltiger Bodenbewirtschaftungsprinzipien entfiel. Im Juni präsentierte der Rat seine Position mit einem zweistufigen Bewertungssystem und risikobasierter Vorgehensweise bei kontaminierten Flächen.

Bis ins Frühjahr 2025 rangen die EU-Institutionen um die geplante Richtlinie, bevor es am 9. April zu einer vorläufigen Einigung im Trilog kam, wonach die EU-Länder auf ihrem Gebiet künftig Daten zum Bodenzustand erheben, ohne dass daraus aber Verpflichtungen für Maßnahmen zur Bodenverbesserung erwachsen. Ob Parlament und Rat die Einigung bestätigen und die neue EU-Richtlinie final verabschieden, stand zu Redaktionsschluss noch nicht fest.

Die Trilog-Einigung ist aus Sicht der Waldbesitzer als Erfolg zu werten: Keine Umsetzung verpflichtender Maßnahmen und keine detaillierte Bereitstellung von Bodendaten zu ihren Flächen. Besonders wichtig ist die Streichung der konkreten Bewirtschaftungsvorgaben. Statt einheitlicher Vorgaben aus Brüssel dürfen die Mitgliedstaaten nun selbst entscheiden, wie sie ihre Böden verbessern wollen. Waldbesitzer können auf Beratungsangebote und Forschungsergebnisse zurückgreifen.

Forest Monitoring Law

Die Beratungen über ein EU-weites Waldmonitoringsystem (Forest Monitoring Law – FML) dauerten im Frühjahr 2025 in Europaparlament und EU-Rat an, nachdem die EU-Kommission den entsprechenden Gesetzesvorschlag im November 2023 vorgelegt hatte. Sie verfolgt damit das Ziel, Daten über Biodiversität, Klimawandel, Waldzustand und Bewirtschaftung zu erfassen. Das System soll auf bestehende nationale Daten, Fernerkundung und einheitliche Erhebungsmethoden zurückgreifen. Es bestehen jedoch erhebliche Bedenken bezüglich Mehrwert, Kosten, Datenschutz und Umsetzung. Aus Sicht der Waldbewirtschaftung ist zu kritisieren, dass bestehende nationale Waldinventuren noch nicht ausreichend anerkannt werden und die vorgesehene Datentiefe weit über das fachlich Notwendige hinausgeht. Die zentrale Erfassung von Walddaten auf EU-Ebene gefährdet die Subsidiarität. Die AGDW setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Bundeswaldinventur das zentrale Erhebungsinstrument für die Wälder in Deutschland bleibt.

KONTAKT
Kurt Hauschild, Referent Forstpolitik und EU-Politik, +49 30 311 8868-43,
khauschild@waldeigentuemer.de



- **Attraktive, langfristige Pachteinnahmen – bis zu 40 Jahre**
- **Hohe Erträge ohne eigenen Aufwand**
- **Über 100 Jahre gebündelte Solar-Kompetenz im ILOS-Team**
- **Ein Beitrag zur Energiewende – direkt auf Ihrer Fläche**

Wir kümmern uns um alles – von der ersten Prüfung bis zur fertigen Anlage.
Ihre Fläche kann mehr.
Starten Sie jetzt!

info@ilos-energy.com
www.ilos-energy.com

Zertifizierungen für neue Märkte

Unabhängige Zertifizierungen gewinnen in unserer regulatorischen Landschaft an Bedeutung. Sie können Waldbesitzenden auch den Zugang zu neuen Märkten und Einnahmemöglichkeiten eröffnen.

Im Dezember 2024 wurde die EU-Verordnung zur Schaffung eines Rechtsrahmens zur Zertifizierung kohlenstoffspeichernder Landbewirtschaftung verabschiedet. Bestimmte forstwirtschaftliche Aktivitäten können unter dieser „Carbon Removal & Carbon Farming"-Verordnung (CRCF) zukünftig zertifiziert und mit CO_2-Zertifikaten honoriert werden. Unterstützt durch eine Expertengruppe will die EU-Kommission im Herbst 2025 eine Zertifizierungsmethode für (Wieder-)Aufforstungsaktivitäten im Rahmen eines delegierten Rechtsakts verabschieden. Damit soll es Waldbesitzenden ermöglicht werden, entsprechende Maßnahmen beispielsweise auf Kalamitätsflächen über CO_2-Zertifikate zu finanzieren. Auch eine Regulierung der Nachfrageseite dieses freiwilligen CO_2-Marktes ist in Entwicklung. Denn die EU geht aktiv gegen Greenwashing vor und nimmt sich insbesondere produktbezogene Umweltaussagen auf der Basis von CO_2-Zertifikaten vor. Es ist vorgekommen, dass bei „klimaneutralen" Produkten Emissionen durch CO_2-Zertifikate von teils fragwürdiger Glaubwürdigkeit kompensiert wurden. Das soll ab 2026 unterbunden werden. Dann sollen Unternehmen innerhalb der EU solche Aussagen nur noch auf Basis von Zertifikaten im Rahmen des CRCF machen dürfen. Insbesondere deutsche Unternehmen, die eigene Emissionen ausgleichen oder einfach Klimaschutz und weitere Ökosystemleistungen unterstützen wollen, könnten ab 2026 anerkannte Zertifikate aus deutschen Wäldern nachfragen. Der Kauf der Zertifikate von Waldbesitzenden kann der (Teil-)Finanzierung von Maßnahmen dienen. Der Preis je Tonne gespeichertem CO_2 kann sich an dem verpflichtenden Emissionsrechtehandel orientieren (60-80 Euro). Die Zertifizierungsmethode schreibt vor, wie die Kohlenstoffspeicherung durch die (Wieder-)Aufforstung zu berechnen ist. Erwartbar sind etwa 50 bis 250 Tonnen CO_2 je Hektar über eine Zertifizierungslaufzeit von 30 Jahren. Waldbesitzende könnten aus dem Verkauf der CO_2-Zertifikate somit bis zu 20.000 Euro je Hektar einnehmen.

Zertifizierungssysteme müssen die EU-Vorgaben in Standards umsetzen, um sich von der EU-Kommission anerkennen zu lassen. Die beiden in Köln ansässigen Schwesterorganisationen ISCC und ClimatePal sind führend bei der Umsetzung solcher EU-Vorgaben und der Entwicklung robuster Zertifizierungssysteme. Parallel zu der Ausgestaltung des regulatorischen Rahmens entwickelt ClimatePal einen konformen CRCF-Zertifizierungsstandard. Pilotiert wird das System im Rahmen eines Wiederaufforstungsprojekts auf einer Kalamitätsfläche im Bergischen Land.

Seit 2011 ist ISCC das größte EU-anerkannte Zertifizierungssystem für nachhaltige Bioenergie im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Die ISCC-Zertifizierung forstwirtschaftlicher Biomasse für die Erzeugung von Biokraftstoffen und -brennstoffen eröffnet Waldbesitzenden weitere Märkte.

Informationen und Kontakt
Waldbesitzende mit Interesse ihre (Wieder-)Aufforstungsmaßnahmen oder ihre forstwirtschaftliche Biomasse zertifizieren zu lassen, finden weiterführende Informationen unter:
ClimatePal.org | info@climatepal.org
ISCC-System.org | info@iscc-system.org





Holz als nachwachsender Rohstoff sollte in der Bioökonomie-Strategie stärker berücksichtigt und in seinen vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten gefördert werden.

„Die Weichen für weniger Bürokratie und mehr Anreize stellen“

Interview mit Christine Schneider, Europaabgeordnete der CDU

Frau Schneider, für das neue, im Mai 2024 gewählte Europaparlament war es forstpolitisch ein ereignisreicher Start: Dank Ihrer Initiative sprach sich das EP nicht nur für die letztendlich erfolgreiche Verschiebung, sondern auch für eine Überarbeitung der EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) aus. Im zweiten Punkt – der Überarbeitung – wurde das EP von EU-Kommission und Rat gestoppt. Wie geht es weiter?

Die heimische Forstwirtschaft sieht sich durch drohende überflüssige Informationspflichten einem erheblichen Bürokratie-Aufwuchs ausgesetzt. Besonders die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) sorgt für große Herausforderungen, da die damit verbundenen Pflichten nicht nur zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten, sondern auch im Widerspruch zu anderen politischen Zielsetzungen stehen – beispielsweise zu den Vorgaben des Draghi-Reports, der eine Entlastung der Wirtschaft anstrebt.

Ein Lösungsansatz wäre, die notwendigen Anpassungen der EUDR im Rahmen des Omnibus-Pakets unterzubringen. Allerdings fehlt es derzeit an der notwendigen politischen Unterstützung, insbesondere durch die Mitgliedstaaten im Rat. Daher bleibt der aktuelle Stand, dass die Umsetzung der EUDR in ihrer jetzigen Form bis Ende 2025 erfolgen wird und eine Veränderung nur in gemeinsamer Kraftanstrengung aus allen Mitgliedstaaten erfolgreich sein wird. Klar ist: Ich arbeite weiterhin daran, die EUDR zu verändern.

Die Wahlperiode des Parlaments läuft bis Mitte 2029, ebenso wie die Amtszeit der EU-Kommission. Welche Weichen sollte die Europäische Union in dieser Zeit wie stellen, insbesondere mit Blick auf Ihre Arbeitsbereiche Forst und Umwelt?

Die Europäische Union sollte in der laufenden Wahlperiode bis 2029 entscheidende Weichenstellungen im Bereich Forst und Umwelt vornehmen, die auf weniger Bürokratie und mehr Anreize setzen. Statt sich weiter in Mikromanagement zu verlieren, sollte die EU klare, langfristige Ziele für den Umwelt- und Forstsektor definieren, deren Umsetzung jedoch durch positive Anreize statt durch zusätzliche Verbote gefördert wird.

Ein übermäßiges Maß an Überwachungssystemen und ein unüberschaubarer Zertifizierungsdschungel hemmen Innovationen und die nachhaltige Entwicklung des Sektors. Statt immer neuer bürokratischer Hürden sollte die EU Anreizmechanismen schaffen, die nachhaltige Bewirtschaftung und den Schutz der Wälder wirtschaftlich attraktiv machen. Dadurch kann die Eigenverantwortung der Akteure gestärkt und ein praxisnaher, wirkungsvoller Umweltschutz erreicht werden.

Als Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament koordinieren Sie inhaltliche Themen der deutschen Unions-Gruppe. Wie gehen Sie da vor?

Als Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament ist es meine Aufgabe, inhaltliche Themen strategisch zu koordinieren und Mehrheiten für unsere Positionen zu organisieren. Dabei gehe ich systematisch vor:

Zunächst verschaffe ich mir ein umfassendes Gesamtbild der politischen Lage, der anstehenden Gesetzesvorhaben und der relevanten Positionen innerhalb unserer Fraktion sowie bei potenziellen Partnern. Auf dieser Grundlage treffen wir Entscheidungen, die mit unseren Überzeugungen und unserem Programm im Einklang stehen. Mein Ziel ist es dann, für diese Positionen Mehrheiten zu gewinnen – sei es innerhalb der EVP-Fraktion, im Parlament oder in Verhandlungen mit anderen politischen Akteuren.

Ein wesentlicher Teil meiner Arbeit als Parlamentarische Geschäftsführerin ist das Zuhören. Ich stehe in engem Austausch mit den Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe, um ihre Anliegen und fachlichen Einschätzungen zu verstehen. Gleichzeitig strukturiere ich die internen Prozesse so, dass die Zusammenarbeit effizient verläuft und wir unsere inhaltlichen Schwerpunkte gezielt vorantreiben können.

Anders als nationale Parlamente in der EU fehlt es dem Europaparlament am Initiativrecht, es kann also selbst keine Gesetzesvorschläge machen. Welche Initiativen würden Sie als erstes ergreifen, wenn das EP das Recht zu Gesetzesvorschlägen bekäme?

Wenn das Europäische Parlament das Initiativrecht für Gesetzesvorschläge erhielte, würde ich als erstes eine Initiative zur Entbürokratisierung und Effizienzsteigerung innerhalb der EU anstoßen.

Ein zentraler Punkt wäre ein Gesetz zur Zusammenführung, Evaluierung und Reduzierung alter Melde- und Dokumentationspflichten. Viele bürokratische Vorschriften haben sich über die Jahre angesammelt, ohne dass sie auf ihre aktuelle Notwendigkeit oder Effektivität

überprüft wurden. Daher sollte ein umfassendes Register geschaffen werden, in dem alle bestehenden Melde- und Dokumentationspflichten erfasst, bewertet und überflüssige Vorgaben abgeschafft oder vereinfacht werden.

Zusätzlich würde ich eine Verpflichtung zur Wirtschaftlichkeits- und Bürokratieprüfung für jede neue Gesetzgebung einführen. Jeder neue Gesetzesvorschlag müsste auf seine Auswirkungen hinsichtlich Kosten, Effizienz und bürokratischer Belastung geprüft werden. Ziel wäre es, unnötige Regularien von vornherein zu verhindern und eine klare Kosten-Nutzen-Abwägung sicherzustellen.

Diese Maßnahmen würden dazu beitragen, Bürokratie abzubauen, Unternehmen sowie Bürger zu entlasten und die europäische Gesetzgebung effizienter zu gestalten.

Auf dem Arbeitsplan der EU-Kommission steht für das Jahresende 2025 auch die Überarbeitung der aktuellen Bioökonomie-Strategie. Welche Erwartungen verknüpfen Sie damit?

Die Überarbeitung der aktuellen Bioökonomie-Strategie der EU-Kommission zum Jahresende 2025 bietet eine große Chance, Europas Abhängigkeit von knappen fossilen und mineralischen Rohstoffen zu reduzieren. Angesichts der begrenzten Rohstoffvorkommen in Europa ist es entscheidend, auf nachwachsende Ressourcen zu setzen. In diesem Zusammenhang kommt Holz eine zentrale Bedeutung zu.

Holz als nachwachsender Rohstoff sollte in der Strategie stärker berücksichtigt und in seinen vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten gefördert werden - sei es im Bauwesen, in der Energieerzeugung oder in der chemischen Industrie. Neben der Sicherstellung der Versorgungssicherheit trägt Holz auch maßgeblich zum Klimaschutz bei, indem es CO_2 speichert und als nachhaltige Alternative zu fossilen Materialien dient.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche innovative Anwendungsfelder für Holz, die bislang kaum oder nur ansatzweise erschlossen wurden. Die überarbeitete Bioökonomie-Strategie sollte gezielt Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen vorantreiben, um das volle Potenzial von Holz als nachhaltigem Rohstoff auszuschöpfen. Eine konsequente Förderung der Bioökonomie mit Schwerpunkt auf Holz kann somit einen wichtigen Beitrag zu einer resilienteren, umweltfreundlicheren und wirtschaftlich stärkeren EU leisten.

Ebenfalls am Jahresende hat die EU-Kommission die LULUCF-Verordnung in ihr Arbeitsprogramm 2025 aufgenommen....

Die LULUCF-Verordnung der EU setzt ambitionierte Ziele für die CO_2-Senkenfunktion des Waldes. Allerdings sind diese Vorgaben aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels auf die Wälder kaum erreichbar. Anstatt sich auf den Holzvorrat zu konzentrieren und damit potenziell risikobehaftete Bestände aufzubauen, sollte der Fokus stärker auf den nachhaltigen Holzzuwachs gelegt werden. Eine Überarbeitung der LULUCF-Ziele ist daher notwendig, um den Wald weiterhin als effektiven Klimaschützer zu erhalten und gleichzeitig seine Widerstandsfähigkeit gegenüber klimabedingten Herausforderungen zu stärken.

Ein wichtiger Nutzungspfad ist die energetische Holznutzung. Immer wieder gibt es Bestrebungen die Klimaneutralität von Brennholz politisch zu torpedieren. Wie lassen sich die erwiesenen Klimavorteile der energetischen Holznutzung dauerhaft politisch absichern?

Die Klimavorteile der energetischen Holznutzung lassen sich politisch nur schwer dauerhaft absichern, da es in den verschiedenen politischen Fraktionen grundlegend unterschiedliche Überzeugungen zur Klimaneutralität von Brennholz gibt. Diese Differenzen führen dazu, dass die Debatte immer wieder neu aufgerollt wird und die Vorteile der Holznutzung kontinuierlich verteidigt werden müssen. Bereits in der letzten Wahlperiode gab es intensive Diskussionen und Auseinandersetzungen zu diesem Thema, was zeigt, dass die politische Einordnung der energetischen Holznutzung umkämpft bleibt. Eine langfristige Absicherung erfordert daher einen fortlaufenden Einsatz für faktenbasierte Argumente und eine starke politische Interessenvertretung.

„Es sollte ein umfassendes Register geschaffen werden, in dem alle bestehenden Melde- und Dokumentationspflichten erfasst, bewertet und überflüssige Vorgaben abgeschafft oder vereinfacht werden."



„Die Liebe zum Tischlerhandwerk lässt mich auch im Alltag nicht los."



Sie sind gelernte Tischlerin. Haben Sie noch Gelegenheit, nicht nur politisch, sondern auch im Alltag und privat mit Holz zu arbeiten?

Wenn ich zu Hause sage, dass ich in meine Werkstatt gehe, weiß jeder, was die Stunde geschlagen hat. Das ist meine Zeit, in der ich meine Ruhe brauche, nachdenken kann und am Ende ein greifbares Ergebnis meiner Arbeit in den Händen halte. Die Liebe zum Tischlerhandwerk lässt mich auch im Alltag nicht los - selbst in meinem Büro im Europäischen Parlament konnte ich es nicht lassen, meinen Akkuschrauber auszupacken und Fachböden in Schränke einzubauen. Holz zu bearbeiten, mit den eigenen Händen etwas zu schaffen - das ist für mich eine der schönsten Tätigkeiten überhaupt. Mein Beruf als Tischlerin wird immer ein Teil von mir bleiben.

Die Fragen stellte Alexander Knebel

Zur Person

Christine Schneider ist seit 2019 Europaabgeordnete. Dort ist sie in der aktuellen Legislaturperiode Mitglied im Umweltausschuss und Stv. Mitglied im Agrarausschuss. Die CDU-Politikerin aus Landau in der Pfalz ist Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe im EP. Ihre politische Karriere begann im Kommunalen und führte sie später in die rheinland-pfälzische Landespolitik.

Zu ihren Themenschwerpunkten gehörten früh Forst, Umwelt und Agrar. Christine Schneider ist gelernte Tischlerin und begann nach ihrer Ausbildung ein Studium der Holztechnik. Als ihren politischen Mentor bezeichnet sie den 2017 verstorbenen ehemaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. In den Koalitionsverhandlungen von Union und SPD im Frühjahr 2025 war sie Mitglied der Arbeitsgruppe Ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt.



Wenn die Uhr tickt:

Warum Europa die EUDR-Reform braucht

Man kennt es aus der Diplomatie. Wenn sich die Verhandlungszeit dem Ende nähert, die Gespräche aber in die entscheidende Phase gehen, wird die Uhr angehalten, um doch noch ein Ergebnis zu erreichen. So könnte es auch bei der als „Bürokratiemonster“ berüchtigten EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) kommen. Der Unterschied zur Diplomatie: Die EUDR ist bereits in Kraft, ihr Geltungsbeginn allerdings auf das Jahresende verschoben. Die Uhr läuft also.

Ohne Änderungen wäre ab 30. Dezember 2025 die EUDR für die Waldbesitzenden in der EU anzuwenden, die Holzbereitstellung würde sich grundlegend ändern. Waldbesitzende hätten künftig neue Informationspflichten einzuhalten. Bevor Holz auf den Markt gebracht werden kann, muss laut den Bestimmungen der EUDR in ihrer jetzigen Form die Abgabe einer Sorgfaltserklärung in einem zentralen EU-Informationssystem erfolgen, wo etwa Angaben zur Geolokalisierung der (Wald-) Grundstücke, zur Holzmenge und zur wissenschaftlichen Bezeichnung der Baumarten gemacht werden müssen. Nur mit einer entsprechenden Referenznummer, die man nach Abgabe der Erklärung erhält, kann das Holz zukünftig legal verkauft werden.

Nachhaltige Waldbewirtschaftung gefährdet

Insbesondere für Kleinprivatwaldbesitzende drohen hohe Hürden bei der technischen Informationsbereitstellung sowie beträchtliche Transaktionskosten bei der Informationsbeschaffung. Eine Bewirtschaftung der Fläche, gerade auch für Betriebe, die nur unregelmäßig Holz ernten, würde zunehmend belastend und gefährdet.

Trilogverhandlungen Ende 2024

Die EUDR sollte ursprünglich bereits am 30. Dezember 2024 Anwendung finden. Die EU-Kommission konnte jedoch in den Vorbereitungen zahlreiche Stichtage nicht einhalten. Fragen zur technischen Umsetzung blieben offen. Die AGDW hat sich nicht zuletzt deshalb nachdrücklich für eine Verlängerung der Umsetzungsfrist ebenso wie für die weiterhin dringend erforderliche Überarbeitung der Verordnung eingesetzt. Mit Erfolg wurde die Verschiebung des Geltungsbeginns erreicht. Was noch fehlt, ist die Überarbeitung.

Gerade für den Kleinprivatwald drohen hohe Hürden

Nach den Europawahlen wurde das EU-Parlament aktiv, um sich gegen den Aufwuchs neuer Bürokratie im Zuge der EUDR-Umsetzung zu wenden. Auf Initiative der Europäischen Volkspartei (EVP), der auch die CDU/CSU angehört, beschloss das Parlament im November 2024 zielführende inhaltliche Änderungen am Verordnungstext. Die Einführung einer Null-Risiko-Kategorie für Länder ohne Entwaldungsrisiko wurde angenommen. Für Deutschland, wo nachweislich kein Entwaldungsrisiko besteht, würde eine solche Kategorie die Entlastung von hierzulande überflüssigen Informationspflichten bedeuten. Die AGDW unterstützt daher die Einführung einer Null-Risiko-Kategorie, die ebenso im Koalitionsvertrag von Union und SPD angestrebt wird.

Umso enttäuschender war im Dezember 2024 das Ergebnis der Trilogverhandlungen zwischen Kommission, EU-Rat und Europaparlament, wo man lediglich eine reine Verschiebung der Anwendung um ein Jahr vereinbarte. Die notwendigen inhaltlichen Änderungen wurden offenbar dem angeblichen Zeitdruck aufgrund des heranrückenden ursprünglichen Geltungsbeginns der EUDR Ende 2024 geopfert. Die in Brüssel vereinbarte Verschiebung der EUDR um ein Jahr stellt daher aus Sicht der AGDW lediglich einen Minimalkonsens dar, auf dem inhaltliche Änderungen aufbauen müssen.

Änderungsbedarf weiterhin gegeben

Bei der EUDR besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf, weil die Waldbesitzer in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten durch die Verordnung in ihrer jetzigen Form mit weitgehend nutzlosen Informationspflichten überzogen werden. Viele, gerade kleinere Waldbesitzer könnten sich auf Grund zunehmender bürokratischer Lasten aus der so dringend benötigten Waldpflege verabschieden.

Die neue Bundesregierung hat erkannt, dass die EUDR noch in diesem Jahr überarbeitet werden muss

Will die EU-Kommission das angekündigte Ziel erreichen, die Berichtspflichten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) um 35% zu senken, so muss sie ihren Worten Taten folgen lassen und jede zusätzliche Bürokratie vermeiden. Die neue Bundesregierung hat erkannt, dass die für heimische Waldbesitzer völlig unsinnigen Vorgaben aus der EUDR schleunigst überarbeitet werden müssen. Auf Basis des Koalitionsvertrages ist es dringend erforderlich, schnell zu handeln und auf europäischer Ebene weitere EU-Mitgliedstaaten zu gewinnen. Der Ankündigung zur Schaffung einer Null-Risiko-Kategorie im Koalitionsvertrag müssen in Brüssel schleunigst Taten folgen. Denn die Uhr läuft.

KONTAKT
Leon Nau, Referent Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und Benchmarking,
+49 30 311 66 76-46, lnau@waldeigentuemer.de

TTW Waldpflege member of binderholz

WIR SICHERN WACHSTUM. NACHHALTIG.



PASSGENAUE HOLZERNTELÖSUNGEN

- moderne und leistungsfähige Maschinen entsprechend den örtlichen Gegebenheiten
- geeignete Verfahren für jede Holzstärke und alle Gelände- und Bestandesverhältnisse
- Sicherheit und Wirtschaftlichkeit durch individuell angepasste Aufarbeitungs- und Logistiklösungen



UNSERE LEISTUNGEN

- Kauf des Holzes auf dem Stock bzw. in Selbstwerbung
- Aufarbeitung und Rückung in Dienstleistung
- Kauf des aufgearbeiteten Holzes ab Waldstraße
- Übernahme von logistischen Aufgaben sowie kaufmännische Abwicklung

TTW Waldpflege GmbH
fon T +49 7977 72-0
info@ttw-waldpflege.de
www.ttw-waldpflege.de

Für den deutschen Wald in Brüssel:

EU-Repräsentanz eröffnet

Mit der Eröffnung der Repräsentanz deutscher Waldbesitzer bei der EU zum Jahresbeginn 2025 haben die deutschen Waldbesitzer ihre Interessenvertretung auf europäischer Ebene maßgeblich gestärkt. Die Initiative wird getragen von der AGDW, ihren Untergliederungen – der Betriebsleiterkonferenz (BLK) und dem Initiativkreis Forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse (IK) – sowie mehreren Landeswaldbesitzerverbänden. Eine tragende Rolle spielen zudem die Familienbetriebe Land und Forst.



Die Kooperationspartner der Repräsentanz

Durch die Repräsentanz wollen die beteiligten Verbände eine noch besser auf die nationalen Belange zugeschnittene Interessenvertretung gewährleisten.

Ziel ist eine sachgerechte Vertretung des deutschen Waldbesitzes in Brüssel, insbesondere mit Blick auf dessen vielfältige Eigentums- und Bestockungsverhältnisse mit europaweit höchsten Holzvorräten. Durch die Repräsentanz sollen die Informationsgewinnung und der politische Dialog auf europäischer Ebene intensiviert sowie die Einbindung forstlicher Expertise in die Gesetzgebung verbessert werden. Der Start der neuen Repräsentanz kommt in einer politisch besonders wichtigen Phase: Die neue EU-Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen, zentrale Weichenstellungen in den Bereichen Umwelt, Klima und Ressourcenschutz stehen an. In diesem Kontext sehen die beteiligten Organisationen die Präsenz in Brüssel als notwendige Voraussetzung, um frühzeitig über Projekte der EU informiert zu sein und nationale Belange der Forstwirtschaft fundiert einbringen zu können. Die Repräsentanz strebt den konstruktiven Austausch mit den EU-Institutionen mit dem Ziel an, praxistaugliche und wirtschaftlich tragfähige Regelungen zu erreichen.

Kooperation und Dialog auf europäischer Ebene

Die Repräsentanz arbeitet eng mit dem Europäischen Dachverband der Waldbesitzer (CEPF) sowie dem Dachverband der Grundeigentümer (ELO) zusammen. Auch durch diese Vernetzung wird die deutsche Perspektive in den europäischen Verbändedialog verstärkt eingebracht. Besonderes Augenmerk liegt auf der Mitgestaltung von Gesetzgebungsvorhaben, die forstwirtschaftliche Belange direkt betreffen. Ein zentrales Anliegen ist es, negative Auswirkungen europäischer Regulierung auf die heimische Forstwirtschaft frühzeitig zu erkennen und abzuwenden. Jüngste Beispiele wie die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) haben verdeutlicht, wie stark europäische Initiativen den nationalen Forstsektor beeinflussen können – oftmals ohne ausreichende Berücksichtigung forstlicher Realitäten.

Einbindung forstlicher Kompetenz vor Ort

Die Repräsentanz, mit Felix Müller vor Ort in Brüssel, soll die inhaltliche und strategische Abstimmung mit den europäischen Institutionen deutlich intensivieren. Die AGDW und ihre Partner sehen darin einen wesentlichen Beitrag, um relevante forstpolitische Debatten mit fachlicher Tiefe zu begleiten und konkrete Gestaltungsspielräume zu nutzen.

KONTAKT
Felix Müller, Repräsentanz Deutscher Waldbesitzer bei der EU, info@german-forestowners.eu

Perspektive: Fachliche Präsenz und strategische Positionierung in Brüssel

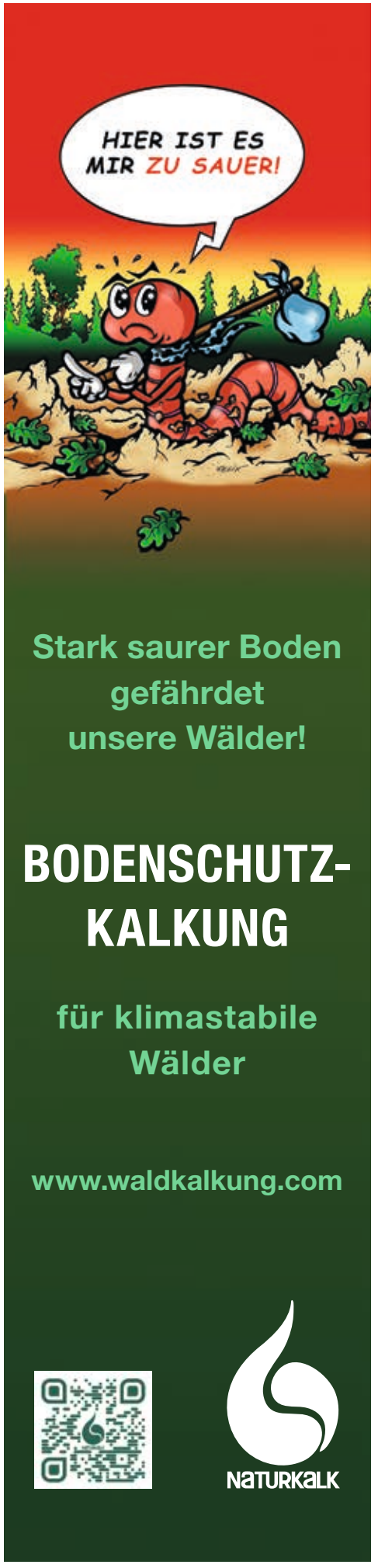
Die Herausforderungen für den Wald bleiben hoch: Der Klimawandel, neue Anforderungen an Berichterstattung und eine zunehmend regulierte Landnutzungspolitik verändern die Rahmenbedingungen grundlegend. Vor diesem Hintergrund ist die Einrichtung der EU-Repräsentanz ein strategischer Schritt zur Wahrung forstlicher Interessen und Eigentumsrechte. Die Repräsentanz ermöglicht es den deutschen Waldbesitzern, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, fachlich einzuordnen und konstruktiv zu begleiten. Sie steht für einen gestärkten Dialog, für Verlässlichkeit in der Kommunikation mit der EU und für die Mitgestaltung einer nachhaltigen, generationengerechten Forstpolitik auf europäischer Ebene.

REPRÄSENTANZ **DEUTSCHER WALDBESITZER** BEI DER EU



Zur Person

Felix Müller bringt umfassende Kompetenzen aus Forstwirtschaft, Finanzmanagement und internationaler Zusammenarbeit in seine neue Rolle ein. Der gebürtige Westerwälder ist gelernter Forstwirt und verfügt über zwei fremdsprachige Studienabschlüsse mit Auszeichnung: einen Bachelor in International Forest Ecosystem Management mit dem Schwerpunkt Forstökonomie sowie einen Master in Forestry System Transformation, spezialisiert auf die Inwertsetzung von Ökosystemleistungen. Durch seine akademischen Abschlüsse und beruflichen Stationen in internationalen Organisationen sowie als Geschäftsführer der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in Brandenburg hat er globale Perspektiven und lokale, praktische Erfahrungen gesammelt. Zuletzt arbeitete er als ESG-Manager bei der LBS Landesbausparkasse NordOst AG. Müller bringt zudem Führungserfahrung und eine ausgeprägte Stärke im Aufbau von Netzwerken mit – essenziell für die Interessenvertretung in Brüssel.





Bundeswaldinventur und die Folgen

Die im Oktober 2024 veröffentlichten Ergebnisse der vierten Bundeswaldinventur (BWI4) bescherten dem deutschen Wald starkes Interesse nicht nur der Fachwelt, sondern auch seitens der Medien. Schließlich wird die Inventur nur alle zehn Jahre durchgeführt. Den Anlass nutzte der damalige Landwirtschaftsminister Cem Özdemir vor der Hauptstadtpresse in Berlin für einen öffentlichkeitswirksamen Auftritt. Das grüne Herz unseres Landes sei aus dem Takt geraten, der Wald zur Kohlenstoffquelle geworden, so Özdemir. Dreh- und Angelpunkt seiner Argumentation: Die Entwicklung des Kohlenstoffvorrats sei rückläufig.

Das konnte der Minister nur deshalb so vortragen, weil er die Ergebnisse der Bundeswaldinventur zum Kohlenstoffvorrat im deutschen Wald nicht mit der Vorgänger-Erhebung aus dem Jahr 2012, sondern mit der Kohlenstoffinventur 2017 verglich. Durch eine höchst fragwürdige Verkürzung des Betrachtungszeitraums auf die letzten fünf Jahre ergab sich ein Rückgang des Kohlenstoffvorrats im Wald. Doch fällt dieser Rückgang gegenüber 2017 mit einem Minus von 32 Mio. t oder 3% angesichts der regional verheerenden Kalamitäten und der durch den Klimawandel bedingten Minderung des Zuwachses im bundesweiten Mittel recht gering aus. Zwischen 2012 und 2017 legte der Vorrat hingegen erheblich zu, und zwar auf 1.053 Mio. t Kohlenstoff und verringerte sich in den Folgejahren im Zuge der großen regionalen Schadereignisse. Betroffen vom Abbau des Holzvorrats war übrigens neben der Baumart Fichte ausschließlich die Esche. Der Holzvorrat anderer Baumarten, so der Buche, der Eiche, der Kiefer und der Douglasie hat hingegen deutlich zugenommen.

Mit Blick auf den Klimaschützer Wald führt die einseitige Fixierung auf den Holzvorrat in die Irre. Entscheidend für die Klimaschutzleistung des Waldes ist vielmehr die Bindung des Kohlenstoffs über den Holzzuwachs. Die CO_2-Pumpe Wald und damit die Klimaschutzfunktion des Waldes entfaltet ihre maximale Wirkung durch die Holznutzung. Nur durch regelmäßige Durchforstungen können die Bestände stabilisiert und der im Holz gespeicherte Kohlenstoff in Form von möglichst langlebigen Holzprodukten fixiert werden. Zudem werden durch die Holznutzung klimaschädliche Baustoffe und Energieträger ersetzt.

CO_2-Pumpe Wald arbeitet fürs Klima

Gefragt ist deshalb eine regelmäßige, gezielte Waldpflege. Dies erfordert meist eine Durchforstung und eben auch eine beherzte Holzernte, weil nur so genügend Licht an den Boden kommt, was einen Waldumbau mit Verjüngung und zusätzlichen Baumarten sowie einen stabilen Holzzuwachs erst ermöglicht. Dadurch wiederum bleibt die CO_2-Pumpe Wald am Laufen.

Die offizielle Statistik der Bundesregierung erfasst diese Klimaschutzleistung der Holzverwendung leider nur ansatzweise - auch aufgrund internationaler Vorgaben im Rahmen der UN-Berichterstattung. So fällt beispielsweise die Klimaschutzleistung von Export-Holz unter den Tisch. Der Klimaschutzeffekt der energetischen Nutzung fehlt in der offiziellen Bilanz gleichfalls. Auch das dürfte ein Faktor dafür gewesen sein, dass nach der Veröffentlichung der BWI4-Zahlen der Wald in vielen Medien als Problemfall für das Klima dargestellt wurde.

Holzzuwachs entscheidend

Dabei ist und bleibt die Forstwirtschaft der einzige Wirtschaftssektor, der durch Holz-Zuwachs auf Basis der Photosynthese Kohlendioxid aus der Atmosphäre in Form von Kohlenstoff binden kann. Laut den BWI4-Ergebnissen erreichte der Holzzuwachs im deutschen Wald zuletzt jährlich 9,4 Kubikmeter pro Jahr (cbm/ha) bzw. landesweit 101,5 Mio. cbm. Dies entspricht etwa 100 Mio. Tonnen Kohlendioxid und damit knapp 16% der CO_2-Emissionen Deutschlands (649 Mio. Tonnen im Jahr 2024).

Der deutsche Wald war 2022 laut BWI im Schnitt 82 Jahre alt, fünf Jahre älter als noch 2012.

Gleichwohl ist der Holz-Zuwachs im Vergleich zum Jahr 2012 um 16% zurückgegangen. Die Gründe hierfür sind der kalamitätsbedingte Ausfall der Fichte als zuwachsstarker Baumart, die Trockenheit der letzten Jahre und der Alterungstrend des Waldes. Der deutsche Wald war 2022 laut BWI im Schnitt 82 Jahre alt, fünf Jahre älter als noch 2012. Wichtig zu wissen: Die Kohlenstoff-Bindung durch den Holzzuwachs ist in jüngeren Beständen pro Hektar deutlich höher als in älteren Beständen. Der Grund ist, dass der jährliche Holzvolumenzuwachs („laufender Zuwachs“) je nach Standort bereits im zweiten bis vierten (Fichte, Kiefer und Douglasie) bzw. im sechsten bis siebten Lebensjahrzehnt (Buche und Tanne) des Baumes sein Maximum erreicht.

In nicht-bewirtschafteten Wäldern dagegen halten sich CO_2-Bindung und CO_2-Freisetzung (Verrottung des Totholzes) die Waage - die CO_2-Pumpe Wald verliert ihre positive Wirkung für den Klimaschutz. Ein nachhaltig bewirtschafteter Wald leistet daher einen deutlich höheren Beitrag zum Klimaschutz als ein sich selbst überlassener.

Die von Teilen der Politik und Umweltverbänden geforderte Reduktion der Nutzung, um den Holzvorrat, d.h. den Waldspeicher mit Blick auf die CO_2-Minderungsziele im LULUCF-Sektor (Landnutzung, Landnutzungsänderung, Forstwirtschaft) noch weiter aufzustocken, würde daher die Risikofaktoren für den Wald sogar noch befördern und die Wahrscheinlichkeit von Kalamitäten erhöhen. Hinzu kommt, dass bei einer Reduktion der Nutzung auch der Waldumbau hin zu resilienten und anpassungsfähigen Wäldern eingeschränkt werden

deosend
Plant Protection Systems

Biologisch abbaubare Wuchshüllen



Unsere Hülle:

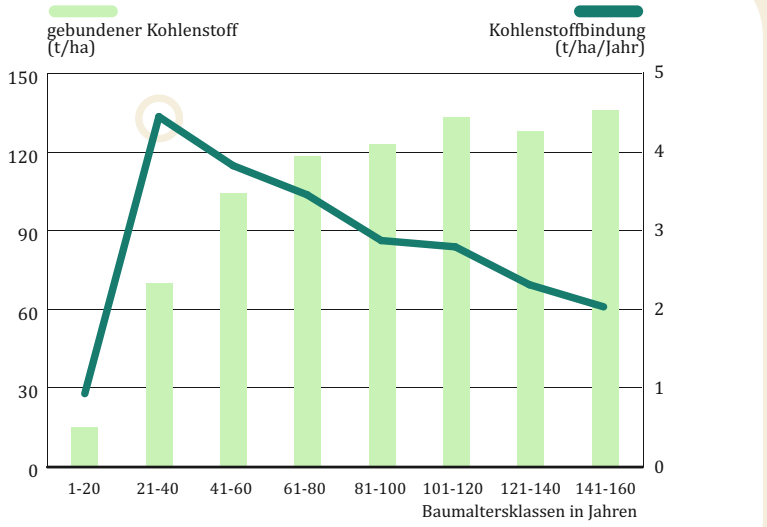
- schützt die Pflanze gegen Verbiss
- nimmt Regen auf und gibt ihn für Wachstum an die Pflanze ab, als Hülle beim Aufstellen und als „Ring“ beim Verrotten
- bietet Schatten bei Hitze / Trockenheit
- sichert Licht für das Wachstum der Pflanze, durch die Löcher am Umfang und ist ein Composite-Material aus Papier und Baumwollmischgewebe
- für Reh- und Rotwild mit 120 cm und 180 cm Höhe
- Wuchshülle kann mit einem QR Code gelasert werden und so über GPS kontrolliert werden

Für Laub- und Nadelbäume mit Durchmessern von 12 cm, 17 cm und größer für das Verrotten im Forst.

www.deosend.de

Junge Wälder sind die größten Klimaschützer

In der Baumaltersklasse von 21 bis 40 Jahren ist die Kohlenstoffbindung im Wald am stärksten.



Quelle: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), Stand 09/2024

würde. Eine Erhöhung des CO_2-Speichers steht im Widerspruch zur notwendigen Forcierung des Waldumbaus.

Aufwärtstrends

In der öffentlichen Wahrnehmung der BWI4 bislang kaum zur Geltung gekommen sind die positiven Befunde zu Strukturvielfalt, Artenvielfalt und Totholz, durchweg mit einem Aufwärtstrend. Hier sind zu nennen:

- Die Waldfläche ist um 15.000 Hektar gewachsen.
- Der Laubbaumanteil hat sich gegenüber 2012 um vier Prozentpunkte auf 47 % erhöht.
- Die Strukturvielfalt hat zugenommen: Auf 79 % der Fläche ist Mischwald zu finden (2012: 76 %) und 77 % der Wälder sind zwei- oder mehrschichtig (2012: 68 %).
- Die Naturnähe hat sich erhöht: 78 % der Hauptbestockung sind als naturnah einzuordnen („sehr naturnah", „naturnah", „bedingt naturnah"). In der Jungbestockung liegt dieser Wert sogar bei 80 %.
- Die Totholzmenge ist deutlich um 43 % auf 29,3 cbm pro Hektar angestiegen.
- Auf einem Hektar sind durchschnittlich acht Bäume mit ökologisch bedeutsamen Merkmalen zu finden – insgesamt 83 Mio. Bäume.

Einige BWI-Befunde geben allerdings Anlass zur Sorge. So wurden laut den Ergebnissen auf 43 % der Holzbodenfläche in den letzten 10 Jahren keine Bäume entnommen, d.h. auf fast 5 Mio. Hektar erfolgte keine Waldpflege. Mit hohen Pflanzzahlen begründete Bestände, wie sie auf dem weitaus größten Teil der Waldfläche zu finden sind, benötigen Durchforstung, mit denen Baumartenmischung und Schichtung gesteuert werden. Erfolgt dies nicht, wachsen Bestände zusammen und werden strukturärmer. Der Befund deutet zudem auf eine Distanzierung von Waldbesitzern gegenüber ihren Flächen hin. Wissen über und Engagement für den Wald drohen verlorenzugehen. Wir benötigen daher die Aktivierung der Waldbesitzenden, gerade auch im Kleinprivatwald.

Das gilt auch an anderer Stelle: Laut den BWI4-Daten machte der Anteil von Saat oder Pflanzung an der Verjüngungsfläche nur noch 9 % aus, während er 2012 noch bei 15 % lag. Gezielte Investitionen in Saat und Pflanzung gilt es anzureizen, um den Generationenvertrag des forstlichen Handelns weiter zu erfüllen und die Vielfalt der Ökosystemleistungen zu erhalten.

ALTUS
TRANSFORMING ENERGY

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR IHREN WALD

In turbulenten Zeiten braucht es frische Ideen! Beste Möglichkeiten, Ihre Wald- und Schadflächen effektiv zwischenzunutzen, bietet die Verpachtung zum Betrieb moderner Windenergieanlagen.

Einnahmen über eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren und eine umwelt- und klimaschonende Energiegewinnung sind so garantiert.

Als Kooperationspartner der AGDW – Die Waldeigentümer sprechen wir Ihre Sprache. Unser Projektentwickler berät Sie unverbindlich und mit viel Erfahrung rund um Standortwahl, Realisierung und Betrieb von Windkraftanlagen.

IHR ANSPRECHPARTNER
Thorsten Wehner, t.wehner@altus-re.de
+49 160 7850260, www.altus-re.de

Die Lupe fürs Leistungsprofil ausgepackt

Leistungsprofile analysieren, um Schlüsselfaktoren für den Erfolg am Markt zu identifizieren und daraus Folgerungen für die Leistungsfähigkeit des eigenen Forstwirtschaftlichen Zusammenschlusses (FWZ) abzuleiten. Das ist eines der Kernziele des Verbundprojekts „BenchmarkingFWZ II“ mit seinem Vergleich von Struktur- und Finanzkennzahlen von FWZ. Methodisch basiert der Ansatz des Kennzahlenvergleichs auf einer Analyse der unterschiedlichen Geschäftsfelder und Leistungsbereiche eines Zusammenschlusses in standardisierter Form.

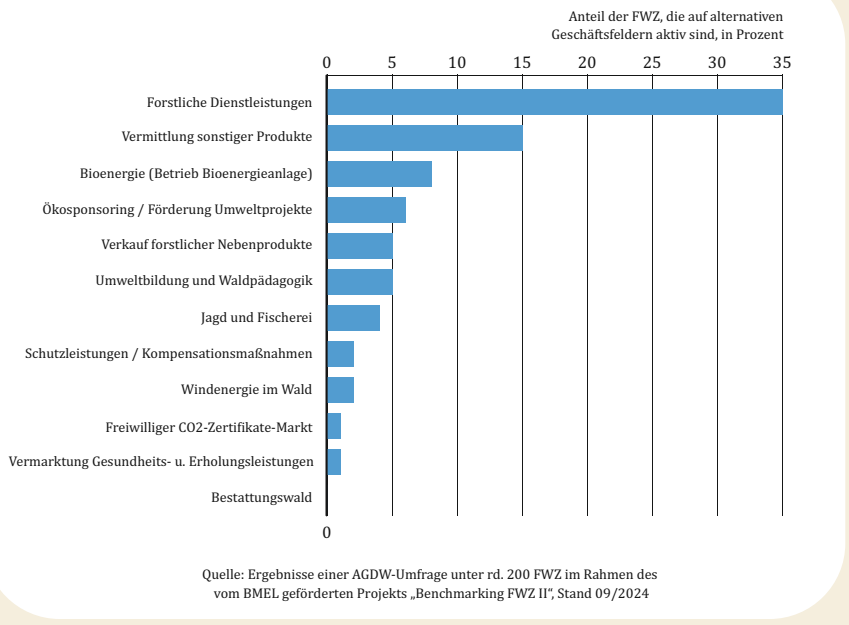
Das Benchmarking erlaubt detaillierte Analysen der erhobenen Daten und eine genaue Analyse einzelner Leistungsprofile. Dadurch sollen die Wechselwirkungen einzelner Geschäftsfelder und Leistungsbereiche sichtbar und vergleichbar gemacht werden. Mit Zeitreihen wiederum kann der Blick auf Handlungen und deren Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Ergebnisse gerichtet werden. Sie können für den Vergleich untereinander, aber auch für die Betrachtung des Einzelbetriebes in seiner Entwicklung genutzt werden.

Die Ergebnisse des Benchmarkings aus der ersten Projektphase von 2020 bis 2023 haben anschaulich gezeigt, in welch herausfordernder Situation sich die FWZ befinden. Durch die Krisenjahre, geprägt von Kalamitäten und einem volatilen Holzmarkt, sind die Organisationen in ihrer Überlebensfähigkeit gefährdet. Über 88% ihrer Einnahmen werden über das Holzgeschäft generiert. Auch deshalb wird der Fokus in der laufenden Projektzeit bis Mitte 2026 auf rentable Einnahmemöglichkeiten neben der klassischen Holzvermarktung gelegt.

Im Rahmen des Projekts sind mit einer bundesweiten Befragung bereits die Chancen und Herausforderungen der Integration innovativer Geschäftsfelder bei den FWZ untersucht worden. An der Umfrage aus dem Jahr 2024 nahmen rund 200 Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Dabei wurde analysiert, welche innovativen Geschäftsfelder im Geschäftsprozess der FWZ bereits eine wirtschaftlich relevante Rolle spielen (Grafik u.) und welche innovativen Geschäftsfelder mit gesteigertem Interesse bei den FWZ verfolgt werden (Grafik re. o.).

Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse zunehmend breiter aufgestellt

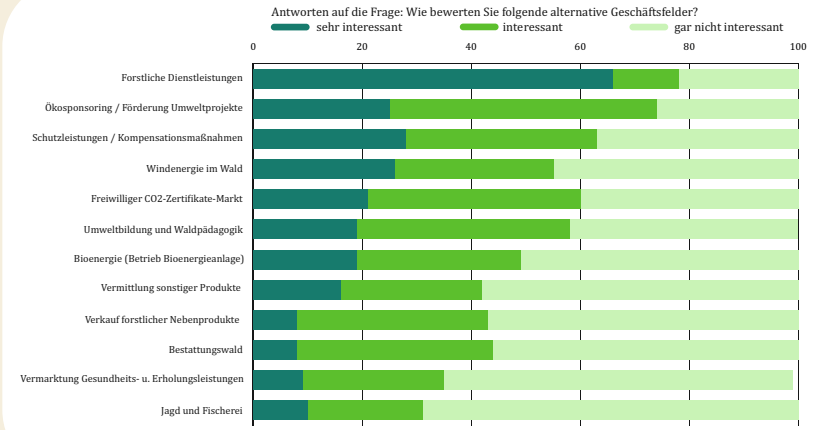
Viele FWZ sind laut einer aktuellen AGDW-Umfrage neben der Holzvermarktung auf alternativen Geschäftsfeldern unterwegs.



Quelle: Ergebnisse einer AGDW-Umfrage unter rd. 200 FWZ im Rahmen des vom BMEL geförderten Projekts „Benchmarking FWZ II“, Stand 09/2024

Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse wollen diversifizieren

Laut einer aktuellen AGDW-Umfragen haben die FWZ großes Interesse an alternativen Geschäftsfeldern.



Quelle: Ergebnisse einer AGDW-Umfrage unter rd. 200 FWZ im Rahmen des vom BMEL geförderten Projekts „Benchmarking FWZ II“, Stand 09/2024

In der Ergebnisbetrachtung wurde ersichtlich, dass bereits 35% der befragten Organisationen (vornehmlich Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbesitzervereinigungen) forstliche Dienstleistungen neben dem klassischen Holzgeschäft für ihre Mitglieder anbieten. Nahezu 80% der Befragten bewerteten die forstlichen Dienstleistungen als sehr wichtiges Feld für die FWZ.

Drei große Fragen

Zur Frage, welche strukturellen, wirtschaftlichen und ggf. rechtlichen Voraussetzungen aus Sicht der befragten FWZ erfüllt sein müssen, damit eine Etablierung der genannten innovativen Geschäftsfelder für den Zusammenschluss ermöglicht wird, wurden insbesondere drei Aspekte hervorgehoben. Dies waren zum einen die Ressourcen der FWZ, die für die Integration eines neuen Geschäftsfeldes zur Verfügung stehen - finanziell, aber auch personell. Hier wurden oft die Begriffe Fachkräftemangel und abnehmendes Engagement für ehrenamtliche Tätigkeit in der Gesellschaft genannt. Zweitens nannten die Befragten den rechtlichen Rahmen, bzw. die Notwendigkeit einer Organisationsausgliederung für die Aufnahme eines neuen Geschäftsfeldes (z.B. durch die Gründung einer Tochtergesellschaft) und die damit verbundene Förderschädlichkeit z.B. für die Geschäftsführung entsprechender Aufgaben. Drittens wurde die Größe der Organisationen als ein beschränkender Faktor genannt. Die Entwicklung und Umsetzung neuer Dienstleistungsangebote erfordern mehr Ressourcen, die mit größeren Einheiten einhergehen.

Die Ergebnisse der Umfrage fließen in den aktuellen Benchmarkingprozess der FWZ und den Betriebsvergleich ein, um wirtschaftliche Analysen hinsichtlich innovativer Geschäftsfelder sichtbarer zu machen und die Ergebnisse untereinander zu vergleichen. Das Erkennen der Kosten- und Einnahmestrukturen der eigenen Organisation, wie es vom Benchmarking ermöglicht wird, leistet einen Beitrag zur Professionalisierung der FWZ. Es schärft den Blick für das wirtschaftliche Handeln und die eigenen Steuerungsmöglichkeiten und somit auch für die Weiterentwicklung der FWZ. Die Ergebnisse geben außerdem eine Übersicht zur strukturellen und ökonomischen Lage der FWZ und können somit ein Signal an die Politik sein.

In der laufenden Projektzeit sollen weitere FWZ für das Benchmarkingverfahren gewonnen werden. Ziel ist es, den Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ein betriebswirtschaftlich fundiertes Angebot zu unterbreiten und einen praktischen Mehrwert für das operative Geschäft zu generieren. Jeder FWZ kann an dem Projekt teilnehmen. Die Teilnahme ist kostenlos!

Das Verbundvorhaben Benchmarking FWZ II wird durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen des Förderprogramms „Nachhaltige Erneuerbare Ressourcen“ gefördert (FKZ: 2222NR100A). Projektpartner sind die AGDW - Die Waldeigentümer e.V. und die unique land use GmbH.

KONTAKT
Leon Nau, Referent Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und Benchmarking,
+49 30 311 66 76-46, lnau@waldeigentuemer.de



Windenergie im Wald – und dennoch Waidmannsheil!

Der Ausbau der Windenergie ist ein zentrales Element der Energiewende und damit essenziell für die notwendige Bekämpfung des Klimawandels. Die Planung und Errichtung von Windenergieanlagen im Wald erfordert eine besonders sensible Herangehensweise. Ein Projektierer wie die UKA steht in der Verantwortung, diese Projekte im Einklang mit Natur- und Artenschutz sowie unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten – auch der Jagdausübungsberechtigten – umzusetzen.

„Nach der Errichtung der Windenergieanlagen können sich durchaus positive Veränderungen für ein Jagdrevier ergeben."

Dazu gehören bereits in der Planungsphase umfangreiche Untersuchungen, um mögliche Beeinträchtigungen zu ermitteln und zu minimieren. Darüber hinaus ist UKA während der Projektentwicklung offen für Empfehlungen seitens lokaler Akteure, deren Erfahrungen aus dem Revier wertvolle Hinweise liefern können.

UKA ist sich bewusst, dass die Errichtung von Windenergieanlagen Auswirkungen auf die Jagdausübung hat – sei es durch den Ausbau von Wegen für die Anlieferung der Großkomponenten oder durch die eigentlichen Bauaktivitäten inklusive des Baustellenverkehrs. Beides stellt jedoch eine zeitlich befristete Störung dar, die die Jagd nicht dauerhaft beeinträchtigt. Dennoch wird häufig zwischen dem Projektentwickler und der Jagdgenossenschaft beziehungsweise den Jagdausübungsberechtigten – je nach Zeitraum und Ausmaß der Beeinträchtigung – eine angemessene Entschädigung vereinbart.

Nach der Errichtung der Windenergieanlagen können sich durchaus positive Veränderungen für ein Jagdrevier ergeben. Das können beispielsweise eine größere Artenvielfalt durch neu geschaffene Waldinnenränder an den Wegen sein – was sich zugleich positiv auf den Brandschutz auswirkt – und vor allem die obligatorischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Dauerhaft in Anspruch genommene Waldfläche muss bekanntlich mindestens im Verhältnis 1:1 wieder aufgeforstet werden – das entspricht etwa 0,5 bis 0,7 Hektar pro Windenergieanlage. Dabei werden bevorzugt Baumartenmischungen mit hohem Laubholzanteil gewählt.

Durch den bestehenden Kontakt des Projektierers mit den Grundeigentümern ist es möglich, mit den Jagdausübungsberechtigten frühzeitig ins Gespräch zu kommen. Ziel dabei ist es, deren Belange und Anregungen, sofern umsetzbar, zu berücksichtigen.

Beim Wegebau ist zu berücksichtigen: Einerseits profitieren Waldbesitzer, Jäger und Feuerwehr von der verbesserten Erschließung, andererseits kann dadurch auch der Besucherstrom ansteigen. Hier sind gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen gemeinsam mit der Gemeinde zu entwickeln.

Ein in Betrieb befindlicher Windpark stört nach heutigem Wissensstand die Jagdausübung nicht oder nur minimal. Zwar entsteht eine gewisse Geräuschkulisse, doch alle befragten Praktiker bestätigen, dass sich weder Rot-, Dam-, Schwarz- noch Rehwild nach einer gewissen Gewöhnungszeit durch die Windenenergieanlage stören lässt. In der Einzeljagd wird Wild regelmäßig in unmittelbarer Nähe zu Windenergieanlagen beobachtet, und auch bei Bewegungsjagden spielen die Anlagen keine Rolle.

Zusammengefasst ist die Errichtung von Windenergieanlagen in Wäldern zwar ein Eingriff. Dessen Auswirkungen auf die Jagd sind jedoch, abgesehen von der Bauphase, zu vernachlässigen.



KONTAKT
Peter Neufeldt
UKA Umweltgerechte Kraftanlagen GmbH & Co. KG, Niederlassung Nord
+49 381 252740-242
wind-im-wald@uka-gruppe.de
Neufeldt@uka-nord.de

Förster des Jahres

„Gruß nach Haus vom Förster Klaus“



„Bei mancher 1. Klasse hieß ich schon Förster Klaus, bevor ich in den Sozialen Medien unterwegs war“, erzählt der Förster des Jahres 2024. Denn die Grundschulkinder im Stuttgarter Speckgürtel konnten sich Achim Klausners nordisch klingenden Vornamen bei Waldführungen, die der Förster seit Übernahme seines Schönbuch-Reviers 2012 im Landkreis Böblingen anbietet, oft nicht so gut merken wie seinen Nachnamen. Das wiederum merkte sich Klausner.

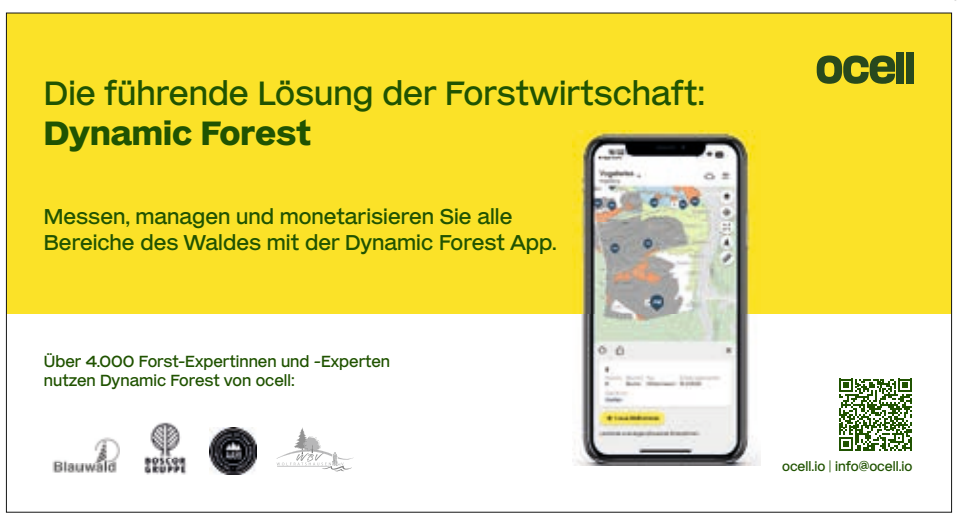
Sein bis dahin im Wald persönlich angesprochenes Publikum hieß er während der Pandemie in den Sozialen Medien einfach mit dem Slogan „Gruß nach Haus vom Förster Klaus“ willkommen. Dass er es fünf Jahre später auf Instagram auf 15.000 Follower bringt, erklärt er auch damit, dass er schon vor seinem Social Media-Auftritt aktiv Öffentlichkeitsarbeit betrieb und in der Region damit doch schon bekannt war. Analog und digital als Win-win-Situation.

Neben dem erfolgreichen Erklären seiner Arbeit - ein Grund, warum er die begehrte Auszeichnung beim Deutschen Waldpreis erhielt - liegen dem Förster des Jahres auch Vermarktungs- und Forstwirtschaftsthemen sehr am Herzen. „Wir müssen ein Auge drauf haben, dass es den wertvollen Rohstoff Holz weiterhin zu nutzen gilt.“ Das bringt er nicht nur seinen Gästen aus der Region nahe, sondern auch Auszubildenden und studierenden Praktikanten.

„Wir müssen ein Auge drauf haben, den wertvollen Rohstoff Holz weiterhin zu nutzen.“

Die von Klausner betreuten Forstbetriebe, drei Kommunal- und ein im Jahr 1500 gegründeter Genossenschaftswald, wurden durch die Stürme Wiebke (1990) und Lothar (1999) schon früh in ihren Nadelholzbeständen dezimiert. Während er sehr erfolgreich in der Brennholz- ebenso wie in der Wertholzvermarktung von Eiche ist, so wünscht sich Klausner doch, „dass wir Antworten darauf finden, wie wir weiterhin hochwertiges Nadelholz produzieren. Neben der Douglasie könnten verschiedene Kiefernarten und die Bornmüller-Tanne Ansätze sein.“ Mit letzterer hat Klausner schon Tests laufen, ebenso wie mit der Libanon-Zeder. Auch Flaum- und Zerreichen hat er in der Anbauplanung.





Waldbesitzer des Jahres

Wenn die Tanne zum Brotbaum wird

„Die Natur beobachten und daraus lernen.“ Das ist für **Carl Graf zu Eltz** leitendes Motiv und Prinzip seiner Arbeit im Forst ebenso wie in der Landwirtschaft.

Das beginnt für den Waldbesitzer und Biobauern aus der Oberpfalz beim Boden. Denn dort wirkt der saure Regen früherer Jahrzehnte heute immer noch nach. „Kombiniert mit der geringen Humusauflage, mit der wir es hier regional im Wald häufig zu tun haben, tun wir gut daran, die Böden langfristig über die Bodenschutzkalkung zu stärken“, erläutert Graf zu Eltz.

Ein anderer Helfer am und im Boden ist für ihn das Schwarzwild. Die Wildschweine pflügen an vielen Stellen seines knapp 300 Hektar großen Forstbetriebs den Waldboden um und schaffen für so manche Baumart die Voraussetzungen für gelingende Naturverjüngung. Die kommt auf mindestens 60% der Waldfläche zum Tragen. Die Tanne, die in der Gegend zuvor nicht vertreten war, muss er aber pflanzen. „Die Natur braucht uns nicht, wir aber brauchen die Natur“, erklärt der Waldbesitzer des Jahres 2024.

Auf unseren feuchten Standorten entschieden wir uns für Tanne, Lärche und Eiche als wichtige Baumarten für unseren Mischwald

Die von forstpraxis.de verliehene Auszeichnung erhielt Graf zu Eltz für sein Engagement beim Waldumbau.

In seinem Wald arbeitet er auf stabile Mischwälder hin und hat sich mit dem Waldumbau schon früh beschäftigen müssen. Sturm Wiebke warf 1990 auch in seinem Betrieb bei Schwandorf viele Fichten und Kiefern. Damals war es noch nicht sehr lange her, dass Graf zu Eltz die Nachfolge in der Gutsverwaltung Wolfring angetreten hatte. „Neben den Folgen von Wiebke kam hinzu, dass wir seinerzeit über umfangreiche Kiefern- und Fichtenbestände im Alter von rund 120 Jahren verfügten, die aufgelichtet werden mussten. Auf unseren feuchten Standorten entschieden wir uns für Tanne, Lärche und Eiche als wichtige Baumarten für unseren Mischwald.“ Die Entscheidung hat sich bewährt. „Die Tanne wird für kommende Generation der Brotbaum, welche die Fichte ersetzen soll“, erklärt Graf zu Eltz im Rückblick auf 35 Jahre Waldumbau.

Weitere Informationen zur Gutsverwaltung Wolfring:





Die Tanne wird zum Brotbaum, hier im Mischbestand mit Eichen.

Noch besserer Service für PEFC-zertifizierte Forstbetriebe

Seit 2015 stehen die PEFC-Regionalmanagerinnen und -manager als direkte Ansprechpersonen vor Ort bereit und beraten Waldbesitzende zur Umsetzung der PEFC-Waldstandards, führen Weiterbildungsveranstaltungen durch und engagieren sich – oftmals in enger Zusammenarbeit mit Verbänden aus Waldbesitz oder dem Holzcluster – in der Öffentlichkeitsarbeit. Seit der Einführung des Regionalmanagements vor zehn Jahren ist das Team von anfangs sechs auf heute 14 Teammitglieder angewachsen. Dadurch konnten der Service für Waldbesitzende und Forstbetriebsgemeinschaften weiter verbessert und Anfragen schneller bearbeitet werden: Nach der Einführung der Bundeswaldprämie 2020 hat sich die Zahl PEFC-zertifizierter Forstbetriebe etwa verdoppelt, sodass das Informationsbedürfnis insgesamt deutlich gestiegen ist. Dies zeigte sich besonders bei Themen mit hohem Beratungsbedarf, wie dem Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“. Hier unterstützen die PEFC-Regionalmanagerinnen und -manager im Rahmen des PEFC-Fördermoduls unter anderem bei der Übersetzung der Förderkriterien in der forstlichen Praxis und prüfen im Auftrag der Regionalen PEFC-Arbeitsgruppen stichprobenartig deren Umsetzung. Eine zentrale Aufgabe des Regionalmanagements bleibt weiterhin das Interne Monitoring-Programm (IMP), das die Einhaltung der PEFC-Standards zusätzlich zu externen Prüfungen überwacht. Hier finden Sie den direkten Kontakt zu den PEFC-Regionalmanagerinnen und -managern:



Martin Kempkes
Regionalmanager Nordrhein-Westfalen
kempkes@pefc.de
+49 160 977 285 22



Sebastian Schlag
Regionalmanager Niedersachsen/
Schleswig-Holstein / Hamburg
schlag@pefc.de
+49 151 203 210 15



Tim Rosenfeld
Regionalmanager Brandenburg/
Mecklenburg-Vorpommern
rosenfeld@pefc.de
+49 175 9094286



Jessica Waschkowski
Regionalmanagerin Sachsen-Anhalt
waschkowski@pefc.de
+49 151 640 267 05



Hans Kraske
Regionalmanager Sachsen
kraske@pefc.de
+49 171 3106485



Cornelia Pauls
Regionalmanagerin Hessen
pauls@pefc.de
+49 151 203 210 13



Ariane Moser
Regionalassistentin Hessen
moser@pefc.de
+49 160 94 98 94 96



Lea Bächle
Regionalmanagerin Rheinland-Pfalz/
Saarland
baechle@pefc.de
+49 151 270 410 75



German Bell
Regionalmanager Rheinland-Pfalz/
Saarland
bell@pefc.de
+49 151 203 210 12



Michael Schiewek
Regionalmanager Thüringen
schiewek@pefc.de
+49 151 203 210 11



Isabel Engel
Regionalmanagerin Baden-Württemberg
engel@pefc.de
+49 151 203 210 14



Iris Götting-Henneberg
(PEFC Bayern GmbH) Nordbayern
goetting-henneberg@pefc-bayern.de
+49 151 203 210 18



Maximilian Dosch
(PEFC Bayern GmbH) Südbayern
dosch@pefc-bayern.de
+49 151 203 210 16



Rot-Eiche ist Baum des Jahres 2025

Ein Baum mit Erfolgsgeschichte. Die Rot-Eiche wurde von der Dr. Silvius Wodarz-Stiftung zum Baum des Jahres 2025 gekürt - ein starkes Zeichen für ihre wachsende Bedeutung im klimaangepassten Waldbau. Ursprünglich aus Nordamerika stammend, gelangte sie zunächst als Zierbaum nach Europa. Heute ist sie die wichtigste eingeführte Laubbaumart und fester Bestandteil nachhaltiger Forstwirtschaft.

Typische Erkennungsmerkmale der Rot-Eiche sind ihre großen, gezackten Blätter und die beinahe buchenartige, glatte Rinde. Im Herbst begeistert sie mit ihrer leuchtend roten Laubfärbung und setzt farbige Akzente in der Landschaft.

Unter richtigen waldbaulichen Bedingungen kann die Rot-Eiche bis zu 35 Meter hoch werden. Sie zeichnet sich durch hohe Sturmfestigkeit und Toleranz gegenüber Trockenheit aus – Eigenschaften, die sie in Zeiten des Klimawandels zu einer vielversprechenden Zukunftsbaumart machen. Auch wirtschaftlich spielt sie eine bedeutende Rolle. Ihr Holz ist nicht zuletzt in der Möbel- und Parkettindustrie für langlebige, umweltschonende Produkte gefragt.

Kampagne 8:

„Klima retten geht nicht? Doch, geht!“



Mit den Ergebnissen der jüngsten Bundeswaldinventur ist die Rolle des Waldes für den Klimaschutz erneut stark in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Gut, dass es die Kampagne 8 gibt, mit der die AGDW gemeinsam mit den Familienbetrieben Land und Forst kontinuierlich den Wald als Klimaschützer in seinen vielen Facetten vorstellt, Fakten aufbereitet und politische Debatten begleitet.

Der Online-Auftritt der Kampagne wurde im Frühjahr 2025 auf den neuesten Stand gebracht, das Kampagnenvideo aktualisiert. Der Leitspruch: „Klima retten geht nicht? Doch, geht!“ Wie das geht, zeigt der Videoclip schlaglichtartig anhand der Arbeit von Waldbesitzenden auf. Deutlich wird: Der Wald hat viele Gesichter und die Vielfalt des Waldeigentums ist eine entscheidende Stärke für unseren Klimaschützer Nummer eins.

Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer können im Rahmen der Kampagne ihre eigenen Videos einsenden. Machen Sie mit!

Zur Webseite der Kampagne

Erfolgreiche Kampagne

„Finger weg vom Bundeswaldgesetz“

„Finger weg vom Bundeswaldgesetz!“. Mit diesem Slogan starteten AGDW - Die Waldeigentümer, Familienbetriebe Land und Forst sowie Betriebsleiterkonferenz (BLK) 2024 eine Kampagne gegen die vom damaligen Landwirtschaftsminister Cem Özdemir geplante Novellierung des bestehenden und bewährten Gesetzes. Gemeinsam sagten die Verbände Nein zu noch mehr lähmender Bürokratie und praxisferner Regulierung.

Basis für die Kampagne war eine Webseite, auf der über die Folgen einer Novellierung und den drohenden Paragraphendschungel informiert wurde. Daneben wurde den Anliegen der Forstwirtschaft in einer groß angelegten Social-Media-Kampagne eine Stimme gegeben. Resonanz und Reichweite der Beiträge waren enorm. Mehr als 4,5 Millionen Mal wurden die Inhalte ausgespielt, 3,5 Millionen Aufrufe verzeichneten allein die Videos, in denen Forstfachleute, Waldbesitzer und Verbandsvertreter zu Wort kamen.

Nicht nur über die digitalen Kanäle wurden Unterstützende mobilisiert. Fachpublikationen und Leitmedien wie Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung und der Focus berichteten über die Kampagne. Deutschlands erfolgreiche Landwirtschafts-Influencerin Marie Hoffmann unterstützte mit ihren Posts. Politik-Prominenz aus dem Bundestag wie Gitta Connemann (CDU) oder Karlheinz Busen (FDP) machten ebenfalls mit.

Aus dem ganzen Land erreichten das Kampagnen-Postfach prägnante Videos und bildstarke Fotos mit Statements für nachhaltige Forstwirtschaft und Gestaltungsfreiheit beim Waldumbau. Als verbindendes Element zeigten alle Unterstützer eine Geste, die zum Symbol der Kampagne wurde: Die nach vorn ausgestreckte Hand als Zeichen gegen die geplante Novellierung - „Finger weg vom Bundeswaldgesetz!“

Nachdem verschiedene Referentenentwürfe scheiterten, wurde mit dem Ampel-Aus das Novellierungsvorhaben auch formal zurückgezogen. Mit der Kampagne schaffte es die Branche, tatkräftig unterstützt durch die Agentur Köttker Kommunikation & Consulting, ihrer Expertise Gehör zu verschaffen und mit ihren überzeugenden Argumenten einem praxisfernen Vorhaben erfolgreich entgegenzutreten.

Mehr erfahren:

Pflanzenschutz stärken

Die Servicestelle für integrierten Pflanzenschutz im Wald (SiPWa) wurde im Oktober 2023 gegründet, um den integrierten Pflanzenschutz im forstlichen Bereich zu stärken. Sie dient als zentrale Anlaufstelle für Institutionen und berät zu Pflanzenschutzmitteln, gesetzlichen Vorgaben und integriertem Vorgehen. Ziel ist es, den bislang vernachlässigten Wald in der Pflanzenschutzpolitik stärker zu berücksichtigen. Die AGDW engagiert sich aufgrund der angespannten Pflanzenschutzmittel-Verfügbarkeit in dieser Kooperation. Die SiPWa ist an der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) angesiedelt und bringt Akteure wie Julius-Kühn-Institut (JKI), Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), AGDW sowie mehrere forstliche Versuchs- und Landesanstalten zusammen. Ein Steuerungskreis legt jährlich das Arbeitsprogramm fest. Zu den Aufgaben zählen Pflanzenschutzmittel-Analysen, Mitwirkung in Gremien, Unterstützung bei Zulassungsfragen und die Beobachtung politischer Entwicklungen, z. B. zur EU-Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln.

Waldumbau in der Klimakrise:

EINE WETTE, DIE WIR GEWINNEN MÜSSEN

Der Waldumbau ist ein Generationenprojekt - eine Wette auf die Zukunft, die wir jetzt eingehen müssen. Denn wer Wälder für morgen gestalten will, muss heute neu denken: WaldbesitzerInnen, FörsterInnen, Politik und Gesellschaft gemeinsam - zum Wohl des Waldes und seiner Funktionen.

Die Wette lautet: Eine klimaresiliente Mischung geeigneter Baumarten und Herkünfte wird an Standort X mit entsprechender Pflege bis zur Erntereife überleben - und dabei den vielfältigen Anforderungen von Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft gerecht werden.

Der Einsatz: Investitionen in Pflanzung, Pflege und Planung - und der Mut, neue Wege zu gehen. FörsterInnen bauen seit Jahrzehnten Wälder zukunftsfähig um. Heute geben nicht nur die Klimaszenarien, sondern das bereits vorherrschende Wetter dem waldbaulichen Handeln den Takt vor.

Herausforderungen auf dem Weg zum klimaangepassten Wald

Waldumbau heißt: aktiv neue Baumarten einbringen. Damit sind wir beim Ursprung unserer Wertschöpfungskette: beim Saatgut. Die Verfügbarkeit von zertifiziertem Saatgut ist bei vielen Baumarten eingeschränkt. Wetterextreme und Schädlinge beeinträchtigen die Samenbildung, die bei den meisten Arten nicht jährlich erfolgt. Speziell das großsamige Laubholz kann in der Regel nicht überlagert werden. Ohne Saatgut keine Pflanzen. Ohne Pflanzen kein Umbau.

Was hilft?

- Aufbau von Saatgutplantagen und Know-how
- Mehr zertifizierte Saatgutbestände - auch im Privatwald
- Pflege und Betreuung der anerkannten Saatgutbestände
- Klimaangepasste Herkunftsempfehlungen - mit praktikabler Komplexität

Planbarkeit verbessert Verfügbarkeit: Die Produktion einer Forstpflanze dauert ein bis fünf Jahre. Die derzeitige Ausschreibungs- und Bestellpraxis hingegen rechnet in Monaten. Im Ergebnis werden jährlich geschätzt 20% der Setzlinge vernichtet. Das ist im Kontext der aktuellen Waldkrise nicht tragbar.

Lösungsansätze, die greifen könnten:

- Ausschreibungszeiträume von bis zu drei Jahren
- Vorbestellung des Waldbesitzers (Lohnanzucht)
- Flexibilität bei der Auswahl geeigneter Ersatzherkünfte
- Mehr Vertrauen in den Sachverstand der FörsterInnen

Förderpolitik und Baumartenwahl: Spielräume schaffen, Stabilität sichern

Waldumbau braucht Förderprogramme, die langfristig laufen und stabil finanziert sind, um wirklich Wirkung zu entfalten. Die Definition von „heimischen“ oder „zukünftig heimischen“ Baumarten sollte nicht zu eng gefasst sein. Artenvielfalt ist auch mit Herkünften, die bessere Genetik in Hinblick auf Trockenheit aufweisen, möglich - wenn sie standortgerecht und ökologisch vertretbar sind.

Und wie geht die Wette aus?

Die Wahrheit ist: Es wird Gewinner und Verlierer geben. Standorte, die sich klimatisch anders entwickeln als gedacht. Extreme Wetterereignisse, die Jahrzehnte waldbaulicher Arbeit gefährden. Aber auch: zahlreiche artenreiche, stabile Waldökosysteme, die unsere Landschaft prägen und wichtige Ökosystemleistungen sichern. Für diese Aussicht lohnt sich jeder Einsatz. Denn wir alle stehen auf derselben Seite dieser Wette - und wir haben die Chance, sie zu gewinnen.

THE LIECO COMPANY - delivering forest solutions ist eine forstliche Unternehmensgruppe, die unter ihrem Dach die Marken LIECO, Lürssen und palos vereint. www.theliecocompany.com

KONTAKT
Mechthild Foet, Unternehmenskommunikaton und Public Affairs +49 176 17926902,
m.foet@liecocompany.com





Neue Gesichter im Präsidium

Das Präsidium der AGDW hat sich neu aufgestellt. Zum neuen Vizepräsidenten der AGDW wählte der Hauptausschuss (HAS) am 23. Mai 2024 einstimmig den Präsidenten des Bayerischen Waldbesitzerverbands, **Bernhard Breitsameter**. Er ist in diesem Amt auf Josef Ziegler gefolgt. Im April 2024 war Breitsameter zum Präsidenten des Bayerischen Waldbesitzerverbandes ebenfalls als Nachfolger von Sepp Ziegler gewählt worden. Bernhard Breitsameter führt den Vorstand der Waldbesitzervereinigung Aichach an und ist Geschäftsführer der Forstwirtschaftlichen Vereinigung Schwaben.



Verstärkt wird das AGDW-Präsidium darüber hinaus durch **Friederike von Beyme**. Die Vorsitzende des Waldbesitzverbandes Sachsen-Anhalt wurde bei der HAS-Sitzung am 12. Oktober 2024 in das AGDW-Präsidium gewählt. Von Beyme hat Forstwissenschaften studiert und führt mit ihrem Mann seit 2002 einen Forstbetrieb im Südharz, wo sie auch mit ihrer Familie lebt.



Neu ins AGDW-Präsidium gewählt wurde ebenfalls am 23. Mai 2024 der Präsident des Niedersächsischen Waldbesitzerverbands, **Philip Freiherr von Oldershausen**. Er führt seit mehr als 20 Jahren einen land- und forstwirtschaftlichen Familienbetrieb. Neben seiner Vorstandstätigkeit im Niedersächsischen Waldbesitzerverband engagiert sich der gelernte Landwirt und Diplom-Forstwirt außerdem im Vorstand der Familienbetriebe Land und Forst in Niedersachsen.



Brandenburg

Seit Januar 2025 ist **Niklas Weber** (34) Geschäftsführer des Waldbesitzerverbandes Brandenburg. Er tritt damit die Nachfolge von Lisa Jensen an, die als Co-Geschäftsführerin zum Naturpark und Biosphärenreservat Bayerische Rhön wechselte.

Niklas Weber ist in Mecklenburg-Strelitz mit Wald, Wild und Jagdhunden groß geworden. Um das forstliche Handwerk von der Pike auf zu lernen, entschied er sich zunächst für eine Ausbildung zum Forstwirt beim Landesbetrieb Forst Brandenburg. Es folgten das Bachelor- und Masterstudium der Forstwissenschaften in Tharandt bei Dresden und das Forstreferendariat beim Land Niedersachsen. Anschließend arbeitete er rd. eineinhalb Jahre in der Forstbetriebsgemeinschaft Celler Land. Dort sammelte er viel Erfahrung in der Beratung und Betreuung im Privatwald.

Nun ist Niklas Weber zurück in der Mark und erklärt: „In den Wäldern Brandenburgs gilt es, viele Herausforderungen zu meistern. Ich freue mich darauf, mein Wissen und meine Erfahrung für die Lösung dieser Aufgaben einzusetzen und die Interessen der Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer mit Nachdruck zu vertreten. Gemeinsam sind wir stark, gemeinsam können wir viel bewegen."



BLK

Am 1. Januar 2025 übernahm **Prof. Wolf-Henning von der Wense** die Aufgabe des Referenten der Betriebsleiterkonferenz (BLK). Er folgt auf Thies Völker, der diese Tätigkeit über gut fünf Jahre außerordentlich erfolgreich ausgeübt hat. Der neue Referent kommt aus forstlichem Hause (mittlerweile führt der Neffe den erwerbswirtschaftlichen Forstbetrieb, geprägt von Douglasie, im Norden Niedersachsens).

Nach Abitur, Bundeswehr und Banklehre studierte von der Wense Forstwissenschaften in Göttingen und Wien, absolvierte seine Referendarzeit in Niedersachsen, um anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Georg-August-Universität in Göttingen zu arbeiten und zu promovieren. Nach einer knapp sechsjährigen Zeit als Betriebsleiter bei der Fürstlich Waldeckschen Hauptverwaltung in Bad Arolsen folgte er dem Ruf auf eine Professur im Fachgebiet Forstliche Betriebswirtschaftslehre an der (Fach-)Hochschule Eberswalde. Nach über 27 Jahren in Wissenschaft, Lehre und Selbstverwaltung sowie vielseitiger Gutachtertätigkeit und nunmehr Pensionierung im Jahr 2022 durfte dies noch nicht das Ende aller forstlichen Beschäftigung sein, so dass Interessensvertretung und Netzwerken die neue Berufung sind.



BLK

Florian Linke (25) ist seit 1. Januar 2025 Projektmitarbeiter bei der Betriebsleiterkonferenz. Hier ist er insbesondere für die Nachwuchsgewinnung und die Betreuung der Social-Media-Kanäle sowie der Webseite zuständig.

Gebürtig aus Gladbeck im Ruhrgebiet studierte Florian Linke ab 2020 im Bachelorstudiengang Forstwirtschaft an der Fachhochschule Erfurt. Daneben arbeitete er als Tutor und studentische Assistenz im Lehrgebiet Forstrecht und Umweltpolitik. Im Rahmen des Studiums leistete er in einem Erwerbsforstbetrieb ein Betriebspraktikum ab.

Seit 2024 studiert Florian Linke im Masterstudiengang „Management von Forstbetrieben" an der Fachhochschule Erfurt. Neben dem Studium beschäftigt er sich im Rahmen eines Forschungsprojekts mit beihilferechtlichen Fragestellungen bei Forstförderungen. Weiterhin ist er als Wissenschaftlicher Assistent im Lehrgebiet Forstrecht und Umweltpolitik beschäftigt.

2024
Empfang der Waldeigentümer
„Gemeinsam für den Wald“





oben: Klare Haltung zu den BWaldG-Novellierungs-plänen, rechts: Karsten Spinner, Matthias Pfannstiel, Prof. Dr. Andreas Bitter, Dr. Irene Seling

Jedes Jahr steht ein anderes Bundesland im Mittelpunkt des Empfangs auf der Grünen Woche. Dadurch erhält die Veranstaltung ihre regionale Prägung. Im Jahr 2024 war der Waldbesitzerverband für Thüringen Mitveranstalter des Empfangs.

Rund 1.200 Gäste kamen am 18. Januar 2024 ins Palais am Funkturm. Zu den Gästen aus der Politik zählten Abgeordnete aus EU-Parlament, Bundestag und Landtagen sowie Minister und Staatssekretäre aus Bund und Ländern.

Unterstützung bei der Ausrichtung bekamen die Thüringer Waldbesitzer vom Landesministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft sowie von ThüringenForst. Gemeinsam eröffneten AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter, Matthias Pfannstiel, Präsident des Waldbesitzerverbandes für Thüringen, und die damalige Thüringer Landwirtschaftsministerin Susanna Karawanskij die Veranstaltung. Karawanskij und Pfannstiel betonten vor dem Hintergrund des durch den Klimawandel teils stark geschädigten Waldes in Thüringen, vorrangiges Ziel sei es, die Finanzierung der Wiederaufforstung sicherzustellen und den Waldumbau mit qualifiziertem Fachpersonal voranzutreiben. Matthias Pfannstiel warnte, die Wiederaufforstung sei gefährdet, wenn Waldbesitzende weiterhin durch übermäßige Auflagen eingeschränkt würden. Er dankte den Mitgliedern des Waldbesitzerverbandes für Thüringen sowie den regionalen Partnern der Veranstaltung für ihre Unterstützung.

Der damalige Bundesminister Cem Özdemir kam nach der offiziellen Eröffnungsfeier der Grünen Woche auch zum Empfang der Waldeigentümer. In seinem Grußwort versprach er, Kritik und Argumente der Waldbesitzer zu prüfen.

Branchenstand ganz oben in der Gunst der Besucher

Am nächsten Morgen war der Landwirtschaftsminister traditionell der erste Besucher am Messestand der Deutschen Forstwirtschaft. Der Branchenauftritt stand 2024 unter dem Motto „Wald und Wasser“. Mit eindrucksvollen Bildern, einem waldpädagogischen Bildungsangebot für Schulklassen, interaktiven Mitmachaktionen und Fachveranstaltungen in der Waldarena war der Stand ein Highlight der Grünen Woche. Die Messebesucher belohnten die „Waldhalle“ als attraktivste Halle der Messe!

2025
Empfang der Waldeigentümer
„Waldbau ist Umweltschutz“





oben: Im Zeichen des Wahlkampfs: Starke Resonanz auf die Reden im Palais am Funkturm, rechts: Friedrich Merz und Prof. Dr. Andreas Bitter

2025 übernahm der Waldbesitzerverband Brandenburg die Mitgestaltung des Empfangs. Die Brandenburger Waldbesitzer wurden dabei vom Ministerium für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLEUV) sowie dem Landesbetrieb Forst Brandenburg unterstützt. AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter und Thomas Weber, Vorsitzender des Waldbesitzerverbandes Brandenburg, hießen die Gäste willkommen.

Mit dem traditionellen Empfang am 16. Januar auf dem Berliner Messegelände eröffnete die AGDW sowohl die Grüne Woche als auch das politische Wahljahr. Zahlreiche hochrangige politische Gäste aus Regierungen und Parlamenten nahmen teil, darunter Cem Özdemir, der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, der FDP-Vorsitzende Christian Lindner und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst.

„Die große Resonanz verstehen wir als Wertschätzung für das Engagement der rund zwei Millionen privaten Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer in Deutschland und ihre berechtigten Anliegen“, betonte Prof. Bitter in seiner Eröffnungsrede.

Friedrich Merz ging in seinem Grußwort auf die Bundespolitik ebenso wie auf die EU-Ebene ein und betonte: „Unter meiner Führung wird es keine Änderung des Bundeswaldgesetzes geben. Wir wollen das 50-jährige Bestehen des Bundeswaldgesetzes feiern.“ Mit Blick auf die EU hob der Kanzlerkandidat der Union die Notwendigkeit hervor, die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten zu überarbeiten. „Die Verschiebung allein reicht nicht.“

Die Abendveranstaltung im Palais am Funkturm bot eine ideale Gelegenheit für den fachlichen Austausch rund um Wald und Forstwirtschaft. Die AGDW sowie die Landeswaldbesitzerverbände bedanken sich herzlich bei ihren Partnern und Sponsoren, ohne deren Unterstützung eine Veranstaltung dieser Größenordnung nicht möglich wäre. Ein besonderer Dank gilt den Goldpartnern der beiden Jahre: Ante-Gruppe, binderholz, Steyr Traktoren und The Lieco Company.

Der Branchenstand auf der Grünen Woche fokussierte 2025 auf die Ergebnisse der Bundeswaldinventur. „Die Vermessung des Waldes“ und die Verwendung des nachwachsenden Rohstoffs Holz wurden an vielen Stationen anschaulich erklärt und für Fachpublikum und Verbraucher in verschiedenen Formaten aufbereitet. Kurz vor der Bundestagswahl bot sich für die AGDW viel Gelegenheit zum fachlichen Austausch mit hochrangigen Vertretern aus der EU-, Bundes- und Landespolitik.

AGDW-Waldsymposium 2024

Wie viel Europa verträgt der Wald?

„EU-Waldpolitik neu ausrichten." Zu diesem Leitthema fand am 10. Oktober 2024 das Waldsymposium der AGDW statt. Im Zentrum der Veranstaltung standen nach der Besetzung der neuen EU-Kommission und der Wahl des Europaparlaments richtungsweisende Fragestellungen für Waldeigentum und Forstwirtschaft.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt in den hochkarätigen Vorträgen und Podiumsdiskussionen bildete die Frage der Balance zwischen europäischen, nationalen und regionalen Zuständigkeiten in der Forstpolitik angesichts zunehmender europäischer Eingriffe, die sich mit dem Green Deal seit 2019 verstärkt haben.

Wo verlaufen die Grundlinien der EU-Politik und welche Weichenstellungen sind in Brüssel zukünftig zu erwarten? Damit beschäftigte sich das erste Podium des Symposiums. Dr. Peter Hefele vom Wilfried Martens Centre for European Studies mahnte: „Wir müssen ernsthaft in eine Diskussion gehen, wofür Europa zuständig ist." Der Brüsseler Experte sieht hier neben der EU-Kommission nicht zuletzt das Europaparlament am Zuge.

AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter betonte den Stellenwert der Subsidiarität. „Europa ist ein Friedensprojekt", sagte der AGDW-Präsident und unterstrich die Bedeutung des gemeinsamen Marktes für fairen Wettbewerb als Grundlage für den Wohlstand. Allerdings sei Europa auf dem Weg, ins Mikromanagement abzudriften. Daher müsse man stets fragen: Welchen Mehrwert bringt die EU-Zuständigkeit und welche Belastungen schafft sie? Bei wenig Mehrwert und spürbaren Belastungen müsse auf die entsprechende EU-Regulatorik verzichtet werden.

Prof. Georg Winkel von der Universität Wageningen gab den Impuls in der Session „Europäische Forstwirtschaft in der Regulierungszange". Als wichtige Größen in der politischen Diskussion nannte er den Kampf gegen und die Anpassung an den Klimawandel, den Erhalt von Biodiversität und die Nachhaltigkeitstransformation der Wirtschaft. Als Aufgabe für die EU-Forstpolitik sieht er den Ausgleich verschiedener Interessen am Wald.

> „Wenn wir nach brauchbaren Lösungen suchen, sollten wir Experimente zulassen, und dafür sind Freiheitsgrade die Voraussetzung."
>
> Prof. em. Dr. Michael Suda

Weiteres Thema war der EU-Rechtsrahmen für Kohlenstoff-Zertifikate. Prof. Michael Köhl von der Universität Hamburg erläuterte, dass bis 2026 ein System zur Zertifizierung von Kohlenstoffentnahmen etabliert werden soll, das den Waldbesitzenden Klarheit über die Voraussetzungen zur Generierung von CO_2-Zertifikaten verschaffen wird.

Am konkreten Beispiel der Biodiversitätspolitik ging Prof. em. Michael Suda von der Technischen Universität München der Frage nach, wie Freiwilligkeit, Kooperation und Anreize gestärkt werden können, um die allgemein anerkannten Ziele im Naturschutz zu erreichen. „Es ist an der Zeit, die Vielfalt der Eigentümer nicht als Problem, sondern als Chance zu begreifen. Wenn wir nach brauchbaren Lösungen suchen, sollten wir Experimente zulassen und dafür sind Freiheitsgrade die Voraussetzung", betonte Suda in der Session „Europäische Biodiversitätspolitik: Pluralität und Subsidiarität statt Dirigismus mit untauglichen Leitbildern".

Lebhafte Diskussionen mit Praktikern, Fachleuten aus Brüssel und aus der Bundespolitik schlossen sich an. Abschließend mahnte AGDW-Präsident Bitter ein Umdenken in Brüssel an, um die durch neue EU-Regularien entstandenen Belastungen zu reduzieren und mehr Flexibilität in der Waldpolitik zu gewährleisten.

Vielen Dank an unsere Partner, Förderer und Sponsoren: Landwirtschaftliche Rentenbank, ALTUS renewables, DLG, Düngekalk-Hauptgemeinschaft, HUSQVARNA Deutschland, INOQ, UKA Gruppe, Versicherungsstelle Deutscher Wald (AXA), Verband Deutscher Forstbaumschulen.



Prof. em. Dr. Michael Suda



v.li: Johannes Gerst, Benjamin Munzel, Christian Holzleitner



v.li.: Felix Müller, Josef Ziegler, Martin Häusling, Prof. Dr. Daniela Kleinschmit, Prof. Michael Köhl



Carl Anton Fürst zu Waldeck und Pyrmont, Felix Müller, Dr. Irene Seling, Prof. Dr. Andreas Bitter

KONTAKT
Johanna Eßer, Managerin Event & Sponsoring, +49 30 311 6676-44,
jesser@waldeigentuemer.de

Bestattungswälder eröffnen Waldbesitzenden neue Möglichkeiten

Befreiend, beruhigend, individuell, umweltfreundlich, modern und auch tröstlich. Das sind laut einer aktuellen Umfrage die Top-Nennungen, wenn es darum geht, wie eine Waldbestattung empfunden wird. Befragt wurden die Teilnehmenden im Rahmen der repräsentativen Studie „Letzter Weg“ vom Marktforschungsinstitut rheingold, im Auftrag der FriedWald GmbH. Fazit: Das Thema „Waldbestattung“ wird immer relevanter für die Menschen in Deutschland.

„Waldbesitzende können diese Form der letzten Ruhe aktiv mitgestalten.“

Waldbesitzende können diese Form der letzten Ruhe aktiv mitgestalten, indem sie Flächen für Bestattungswälder zur Verfügung stellen. Darin liegt eine Chance zur langfristigen Diversifizierung von Einnahmen.

Aber in jeder neuen Chance stecken auch Ungewissheiten – unter anderem bei den Anforderungen der Genehmigungsbehörden, den Herausforderungen des Klimawandels, den Aufgaben der Verkehrssicherung und den individuellen Wünschen von Interessenten, Kunden und Angehörigen. Daher bietet sich die Zusammenarbeit mit einem erfahrenen Partner an.

Das Thema „Waldbestattung“ wird immer relevanter für die Menschen in Deutschland.

FriedWald ist ein solcher Partner. Als Pionier für Waldbestattungen und Betreiber von aktuell 89 Standorten zeichnet sich der Anbieter durch präzise und zielgerichtete Lösungen für alle bekannten und neuen Fragestellungen aus – sei es in Bezug auf Bodenschutz, Trinkwasserschutz, Umsatzsteuer oder Artenschutz.

FriedWald unterstützt Waldbesitzer dabei, den Wunsch nach wirtschaftlichem Erfolg mit den emotionalen Bedürfnissen der Grabnutzungsberechtigten sowie den sich wandelnden Rahmenbedingungen in Einklang zu bringen.

Seit 2001 hat FriedWald, gemeinsam mit seinen Kooperationspartnern, sein Produkt- und Dienstleistungsportfolio kontinuierlich weiterentwickelt, um den Anforderungen stets gerecht zu werden. Dazu gehören regionale und überregionale Vermarktung, ein Kundenservice, der sechs Tage die Woche erreichbar ist und eine erfahrene Waldbetreuung.





FriedWald®
Die Bestattung in der Natur

KONTAKT
Stephan Martini, FriedWald-Standortentwicklung Deutschland, +49 6155 848-213, standortentwicklung@friedwald.de



MACHEN SIE IHREN WALD ZUM ORT DER LETZTEN RUHE

Wald ertragreich und nachhaltig nutzen

Setzen Sie auf die Erfahrung vom Pionier und Marktführer bei Bestattungswäldern.

Profitieren Sie von:

- **Ertragsoptimierung** und verlässlichen Langzeiteinnahmen,
- Projektleitung **im Genehmigungsverfahren**,
- Unterstützung bei der Verkehrssicherung,
- **kompletter Organisation und zuverlässiger Verwaltung** aller Kundenkontakte.

Wir sind immer an Ihrer Seite!
Ihr Kontakt für eine kostenlose Beratung:

Stephan Martini
FriedWald-Standortentwicklung Deutschland
Telefon: 06155 848-213
E-Mail: standortentwicklung@friedwald.de
www.friedwald.de/standortentwicklung

FriedWald: Zusammenarbeit auf Augenhöhe – flexibel abgestimmt auf Ihre Bedürfnisse.

Parlamentarischer Sommerempfang in Berlin-Mitte













im Uhrzeigersinn v.li.: Prof. Dr. Andreas Bitter, Claudia Müller, Hermann Färber, Gäste auf der Terrasse, Bernhard Breitsameter und Hans Ludwig Körner, Gäste im Saal

Ein fester Termin im forstpolitischen Kalender vor der Sommerpause von Bundestag und Bundesrat ist der Parlamentarische Sommerempfang der AGDW: Zahlreiche Gäste aus Politik, Wissenschaft, Verbänden, Wirtschaft und Medien kamen am 26. Juni 2024 ins Haus der Land- und Ernährungswirtschaft in Berlin-Mitte.

Kurz nach den Wahlen zum Europaparlament, kurz vor Landtagswahlen in drei Bundesländern und schon mit Blick auf die damals noch für September geplante Bundestagswahl 2025 gab es viel zu erörtern. Das bewährte Bundeswaldgesetz ebenso wie die politische Auseinandersetzung um die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (EUDR) waren zwei der wichtigen Themen bei Gästen und Referierenden.

AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter machte in seiner Ansprache deutlich, warum der Wald und die Forstwirtschaft Pragmatismus brauchen und kein wirtschaftsfeindliches Bürokratiemonster, das den notwendigen Umbau hin zu klimastabilen Wäldern lähmt und Misstrauen sät. Hinsichtlich der Bundespolitik stellte er fest, dass die Formulierung der gleichnamigen Kampagne „Finger weg vom Bundeswaldgesetz“ keineswegs mangelnde Gesprächsbereitschaft bedeute. Vielmehr sei der Slogan als klares Statement zu verstehen.

Neben der Diskussion der virulenten politischen Themen bot der schöne Sommerabend Gelegenheit zum fachlichen und persönlichen Austausch bei kalten Getränken und schmackhaftem Wildbret vom Grill.

Die AGDW dankt ihren Kooperationspartnern und der Betriebsleiterkonferenz für die Unterstützung der Veranstaltung!

Von der Pflanzung zur Ernte an einem Tag

Im April 2024 fand das AGDW-Praxisseminar zu Wald und Forstwirtschaft im Fläming und damit zum zweiten Mal in unmittelbarer Hauptstadtnähe und gemeinsam mit dem Waldbesitzerverband Brandenburg statt. „Politik trifft Praxis“ - unter diesem bewährten Motto stand das Praxisseminar auch in diesem Jahr.

Dank unserer wunderbaren Gastgeber, **Carl von Lüninck** und der **Familie Heinrichs-Vogel**, konnten wir die komplette Bandbreite des Wirtschaftens im und mit dem Wald entlang des gesamten Lebenszyklus zeigen. Darüber hinaus gewannen wir vertiefte Einblicke in die Arbeitsabläufe einer Baumschule. Unsere Gäste durften nicht nur beim Pflanzen selbst Hand anlegen, sondern konnten sowohl eine motormanuelle Fällung als auch eine Fällung mit dem Harvester live beobachten. Bewirtschaftete Flächen, durch die Klimakrise verursachte Sturm- und Käferschäden und Naturschutzgebiete standen auf dem Exkursionsprogramm.

Bewirtschaftete Flächen, durch die Klimakrise verursachte Sturm- und Käferschäden und Naturschutzgebiete standen auf dem Exkursionsprogramm.

Der fachliche Austausch drehte sich um Chancen und Risiken für den Wald. Ein Aspekt: Welche Gefahren drohen, wenn ein vernachlässigter Wald von Schädlingen bedroht wird. Ein weiteres Thema: Die notwendige Unterstützung gerade für den Kleinprivatwald, wenn dieser von Kalamitäten betroffen ist. Wir ließen uns erklären, wie Forstsaatgut gewonnen wird und legten erste Grundlagen in der Baumartenkunde.

Später luden die Verbände zu einem Forstexperten-Gespräch ein. Als Impulsgeber berichtete AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter über die aktuelle forstpolitische Lage. Gemeinsam mit ihm, Waldbesitzenden aus der Region sowie Entscheidungsträgerinnen und -trägern aus der Branche wurde der fachliche Austausch am Abend fortgesetzt.



Stationen beim Praxistag: Pflanzung eines wurzelnackten Setzlings (li.), Besichtigung der Produktion von Container-Pflanzen in der Baumschule Stackelitz (o.re.), Waldexkursion mit dem Revierförster.







Kanzlertanne mit Zapfen für Olaf Scholz



Prof. Dr. Andreas Bitter und Olaf Scholz mit dem Chor der Gebrüder-Grimm-Grundschule

Im Ehrenhof des Bundeskanzleramtes sorgte in politisch bewegten Zeiten auch 2024 ein Weihnachtsbaum der AGDW für besinnliche Stimmung während der Adventswochen. Rund drei Wochen nach dem Ende der Ampel-Koalition würdigte der damalige Regierungschef Olaf Scholz die Leistungen des Waldbaus und der Waldeigentümer in Deutschland ebenso wie die traditionelle Zeremonie zur Übergabe der „Kanzlertanne". Bereits zum 19. Mal spendeten die Waldeigentümer den Baum zum Fest, dieses Mal war es eine rund 40 Jahre alte Fichte aus dem brandenburgischen Fürstenwalde/Spree. Sie konnte mit einer Vielzahl von Zapfen aufwarten - Zeichen der Kraft des Waldes zur Erneuerung und Zeichen der Zuversicht.

„Der Baum steht auch für das Engagement der rund zwei Millionen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer, die sich mit Leidenschaft um ihren Wald kümmern und durch die Bewirtschaftung die vielfältigen Leistungen des Waldes für die Allgemeinheit sichern", erklärte AGDW-Präsident Prof. Andreas Bitter und appellierte, dass sich die Bundesregierung mit Nachdruck für eine aktive Waldbewirtschaftung einsetzen möge und gemeinsam mit den Ländern die Förderung von Wiederaufforstung und Waldumbau sicherstellt.

Pate der Kanzlertanne war 2024 der Sächsische Waldbesitzerverband. Dessen Vorsitzender Georg Lindner dankte der Stadt Fürstenwalde für den Baum und betonte: „Mit ihrem Wirken schaffen die Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer die Grundlagen für klimastabile Wälder". Zum Stadtforst Fürstenwalde gehören mehr als 4.700 ha Wald. Bürgermeister Matthias Rudolph unterstrich den hohen Stellenwert des Waldes mit seinen Ökosystemleistungen, von der CO_2-Speicherung über die Holzvermarktung bis zur Erholungsfunktion.

AGDW-MASTERCLASSES

Mit den AGDW-Masterclasses besteht seit 2022 ein Online-Tagungsangebot, das sich mit seinem vielfältigen Programm an Waldbesitzende und andere an Forstthemen Interessierte richtet. Mit Impuls-Referaten, Kurzvorträgen, Fachinformationen und Best Practice-Beispielen werden Praxistipps vermittelt, Fragen beantwortet und konkrete Lösungsansätze aufgezeigt.

Belange des Waldbesitzes und forstwirtschaftliche Fragen stehen ebenso auf der Agenda wie Aspekte nachgelagerter Wertschöpfungsstufen.

Integriert in die Seminarreihe der Masterclasses findet außerdem die „EU-Sprechstunde" statt, in der die jeweils aktuellen Verordnungen und Leitlinien, die aus dem EU-Parlament auf deutsche Waldbesitzende zukommen, erklärt werden. Neu dazugekommen ist außerdem ein Informationsangebot in Zusammenarbeit mit der SVLFG, bei dem wir im Rahmen der Masterclasses für die rund 800.000 Privatwaldbesitzenden, die gesetzlich unfallversichert sind, auf spezielle Themenfelder eingehen.



5 Jahre Junge Waldeigentümer

Die Jungen Waldeigentümer (JW), eine Initiative der AGDW, sind ein informelles Forum, das für den Erfahrungsaustausch und zum Netzwerken mehrmals jährlich in unterschiedlichen Formaten zusammenkommt. Gleichzeitig bringen sich die Jungen Waldeigentümer mit ihrem Vorsitzenden **Martin Werner** auch in den gesellschaftlichen Diskurs um den Wald ein, so durch die Teilnahme an Veranstaltungen und Debatten. Die Initiative möchte junge Menschen für den Wald begeistern sowie die Gemeinschaft fördern und das Netzwerk weiter ausbauen.

Vertreten sind die JW nun auch im Saarland mit **Stefan Lion** als regionalem Ansprechpartner. Er ist gebürtiger Saarländer und im Vorstand des Saarländischen Waldbesitzerverbandes tätig. Neben der Jagd bewirtschaftet er seinen 25 ha großen Forstbetrieb im Nebenerwerb.



Veranstaltung der FBG Saar mit den JW: Von li. nach re.: Michael Stroh Vorsitzender FBG Saar; Detlef Lilier, FBG Saar: Uwe Werner, Waldbesitzerverband RLP. Martin Werner, Stefan Lion.

Ein Fixpunkt im Terminplan der Jungen Waldeigentümer: Die Veranstaltungen auf der Grünen Woche in Berlin, die auch im Januar 2024 und Januar 2025 dem fachlichen und persönlichen Austausch dienten, so am Rande des Empfangs der Waldeigentümer. Ihr fünfjähriges Bestehen feierten die Jungen Waldeigentümer auf der Grünen Woche 2025. Das Organisationsteam der JW konnte zahlreiche Teilnehmende für den überregionalen Austausch in Berlin begrüßen.



Exkursion zum Thema Standort-Kartierung in Rheinland-Pfalz

Vom Saarland bis nach Thüringen fanden auch in den Regionen eine ganze Reihe interessanter Veranstaltungen statt. So waren die Jungen Waldeigentümer zur Veranstaltung „Wald mit Wild" im Saarland eingeladen. Hierzu bot die FBG Saarland interessante Vorträge an. Prof. Thomas Knoke von der Technischen Universität München referierte über den Einfluss von Wild auf den Wert und die Wirtschaftlichkeit des Waldes. Dr. Franz Straubinger sprach zum Thema „Jagen für den Wald von morgen".

Stefan Lion nahm mit jungen Waldeigentümern aus dem Saarland im Frühjahr 2025 an einer groß angelegten Müllsammelaktion, nämlich „Saarland picobello", teil. Bei dieser Sammlung kam eine beachtliche Menge an Müll im Wald zusammen.

In einem digitalen Talk „Freizeitnutzung im Wald", organisiert von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), steuerte Martin Werner einen Impuls-Vortrag aus Sicht der Waldbesitzer bei. Er gab einen Überblick über den rechtlichen Rahmen, die Haftung sowie über Schäden und Kosten, die Waldeigentümern entstehen können.

Mit einer Exkursion zum Thema Standort-Kartierung ging es in Rheinland-Pfalz weiter. Die Veranstaltung wurde von der FBG Kreis Neuwied sowie den JW durchgeführt. Es fand ein reger Austausch über alle Altersgrenzen hinaus statt.

Christoph Deselaers und **Riccardo Brandt** als Vertreter der JW aus Thüringen brachten mit einer Exkursion auf dem Waldzukunftspfad in Ziegenrück junge Waldbesitzende zusammen. Christoph Deselaers und Riccardo Brandt sind beide im Vorstand des Waldbesitzerverbandes Thüringen vertreten.

Die Jungen Waldeigentümer wollen 2025 ihr Netzwerk weiter stärken.

KONTAKT
Martin Werner, +49 177 244 936 7,
martin.werner@forst-werner.de

„Wir haben alle das gleiche Ziel: Den Walderhalt“

Interview mit Prof. Daniela Kleinschmit,
Universität Freiburg



Frau Prof. Kleinschmit, Sie sind seit gut zehn Jahren Professorin für Forst- und Umweltpolitik in Freiburg. In dieser Zeit haben sich die Folgen der Klimakrise sichtbar verschärft. Welche Auswirkungen hat das auf Ihre Forschung und Lehre?
Das Klima-Thema hat in der öffentlichen und politischen Debatte extrem an Aufmerksamkeit gewonnen, in Deutschland wie international. Mit Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens von 2015 wollen viele Länder mit Hilfe des Waldes Emissionen einsparen. Diese Entwicklung bildet sich in auch in unserer Forschung ab. Das Klima-Thema wird in der Forschung in meiner Professur direkt angegangen ist aber auch indirekt in unserer Forschung zu Wasser- und Waldpolitik integriert. Förderinstrumente sorgen natürlich auch dafür, dass das Klima-Thema in der Forschung präsent ist.

Wie sieht es in der Lehre aus?
An unserer Fakultät bieten wir ein starkes Portfolio an, in dem Umweltnatur- und Sozialwissenschaften abgedeckt werden. Wald- und Forstwissenschaft bildet einen eigenen Zweig, sind aber eng verzahnt. Das ergibt tolle Synergieeffekte. Noch dazu, wo wir Grundlagenfächer mit angewandten Fächern verbinden. Mit dem politikwissenschaftlichen Fokus unterrichte ich in allen Zweigen. Je nach Studienschwerpunkt bilden wir die Basics der Politikwissenschaften ebenso ab wie die ganze Breite und Tiefe der Forstpolitik.

Ihre wissenschaftliche Karriere starteten Sie in Schweden. Welchen Eindruck und Einfluss hat skandinavische Forstwirtschaft bei Ihnen hinterlassen?
Die Einwohnerdichte ist in Schweden deutlich geringer als in Deutschland und der Waldanteil deutlich höher. Entsprechend ist das Flächenmanagement in Schweden teils sehr viel weiträumiger als in Deutschland. Eine Gemeinsamkeit: Auch in Schweden gibt es ein Waldgesetz. Das schwedische Gesetz geht mit relativ viel Freiheit für die Eigentümer einher, doch natürlich werden auch hier Grenzen gesetzt.

„Auch in Schweden gibt es ein Waldgesetz. Es geht mit relativ viel Freiheit für die Waldeigentümer einher.“

Wie würden Sie die Wahrnehmung der Forstwirtschaft in der schwedischen Öffentlichkeit beschreiben?
Die geringe Bevölkerungsdichte hat ihre Auswirkungen. Wie weit der Wald weg ist und wo ich wohne, hat einen Einfluss. Wie in Deutschland gibt es Stadt-Land Unterschiede in der Wahrnehmung von umwelt- und forstpolitischen Themen. Werden in Stockholm Bäume gefällt, stößt das häufig auf große Kritik, in der ländlichen Umgebung deutlich weniger. Eine zunehmende Tendenz an öffentlicher kritischer Meinung gegenüber der Forstwirtschaft ist spürbar, im Allgemeinen, aber auch zu Einzelaspekten wie Kahlschlägen.

Wo sehen Sie die Gründe?
Die Entwicklung lässt sich nicht nur in Schweden beobachten. Persönlich konnte ich die Debatten in Korea und in Australien verfolgen und auch dort sieht man: Die Debatte zwischen Schutz und Nutzung wird immer stärker emotionalisiert, und zwar von beiden Seiten. Die Diskussion um den Klimawandel spielt dabei natürlich auch eine Rolle.

Emotionen sind doch aber nichts Schlimmes in der Politik, oder?
Sie verhelfen zur Aufmerksamkeit. Mit der Emotionalisierung besteht allerdings die Gefahr einer weiteren Polarisierung und Abgrenzung. Dabei haben wir wohl alle das gleiche Ziel: Den Erhalt des Waldes und seiner verschiedenen Funktionen. Umstritten ist aber der Weg dahin. Die scharfe Abgrenzung zwischen Forstsektor und Naturschutz führt dazu, dass man sich bestimmten Gruppen zugehörig fühlt. Diese Zuweisung ist aber doch etwas vereinfacht. Ich würde keinem Forstbetrieb unterstellen, dass er nicht auch Gedanken des Naturschutzes hegt. Andererseits steht auch bei den meisten Umwelt- und Naturschutzverbänden außer Frage, dass es die Forstwirtschaft braucht. Es gibt also einen relativ großen Bereich der Gemeinsamkeiten auf dem man aufbauen kann. Gleichzeitig werden leider viele Debatten immer weniger fakten- und wissenschaftsbasiert geführt. Bei Baumpflanzungen bekomme ich manchmal den Eindruck, dass es das alleinige Rezept gegen den Klimawandel sein soll. Vor Olympiaden mit dem allzu einfachen Motto „Wer pflanzt mehr Bäume?“ ist zu warnen. Wenn sich die Klimapolitik vornehmlich auf die Kohlenstoffspeicherung in Bäumen konzentriert, macht sie es sich zu einfach.

Was ist Ihr Gegenrezept?
Ich würde mir mehr Räume zum Austausch wünschen, in denen verschiedene Seiten konstruktiv miteinander umgehen. Zum Teil gibt es die auch schon. Ein auf Argumenten und Fakten basierender inhaltlicher Austausch könnte verschiedene Akteursgruppen zusammenbringen, um den besten Weg zu finden, das gemeinsame Ziel - den Walderhalt - zu erreichen. Wenn da ein Konsens erreicht wird, muss das auch in einen allgemeingültigen Rahmen gegossen werden.

Ein weiterer Ihrer Forschungsschwerpunkte ist die Bioökonomie. Wie beurteilen Sie diesen Trend?
Die Bioökonomie ist ein Thema, das ich schon aus Schweden mitgebracht habe. Bioökonomie in Deutschland hat sich ja stark gemacht für neue Technologien, das ist dann z.B. auch für den Pharmasektor relevant. In den nordischen Ländern spielen dagegen der Forstsektor und die Rohstofffrage für die Bioökonomie eine viel größere Rolle. Zum Beispiel wurde in Finnland die Bioökonomie-Strategie vom Forstsektor deutlich mitgestaltet. Der Ersatz fossiler Rohstoffe durch Holz ist aber auch in Deutschland eine wichtige Frage. Ich denke da an die Potenziale des Bauens mit Holz. Da wird es dann in Zukunft auch immer mehr um die Wiederverwendung von Holz gehen, also um eine echte Kreislaufwirtschaft mit nachwachsenden Rohstoffen.

Sie sind Präsidentin der IUFRO. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sehen Sie in der Diskussion um die Folgen des Klimawandels in den Ländern?
Denken Sie an die kleinen Inselstaaten, wo die Folgen des Klimawandels schon viel stärker spürbar sind als in Europa und damit dann auch der Drang, dass sich die internationale Gemeinschaft stärker engagiert. Auch wenn der Wald nicht das Allheilmittel gegen den Klimawandel sein kann, stellt sich die Frage welche Rolle der Wald dabei spielen kann. Für Antworten braucht es auch wissenschaftliche Expertise und die bieten wir in IUFRO an. IUFRO versteht sich als Plattform zur Vernetzung der Forst-Forschenden, die sich in mehr als 250 Arbeitsgruppen mit verschiedenen Themen wie Klimawandel, Bioökonomie, Forst- und Umweltgesetze oder mit einzelnen Baumarten beschäftigen. Diese wissenschaftliche Breite werden wir auch im Vorlauf zum nächsten IUFRO-Weltkongress 2029 in Nairobi beibehalten.

Welches ist Ihre Lieblingsbaumart?
Ich habe da nicht nur einen Favoriten, es kommt auch auf die Jahreszeit an. Vor unserem Schlafzimmerfenster steht eine Birke. Mit ihrem weißen Stamm und ihren im Frühling jetzt hellgrünen Blättern ist sie für mich gerade ganz weit vorn. Vielleicht ist das auch noch ein kleiner Einfluss aus Schweden mit seinen vielen Birken. Wenn es ums Holz geht, ist mir dagegen die Kirsche lieber.

Die Fragen stellte Alexander Knebel

Prof. Dr. Daniela Kleinschmit
1973 geboren in Oldenburg, aufgewachsen in Niedersachsen
1993 bis 1998 Forstwissenschaftliches Studium an der Universität Göttingen, im Anschluss dort Wissenschaftliche Mitarbeiterin
2003 Promotion in Göttingen zum Thema Naturschutz- und Forstwirtschaftskonflikte in den Medien
2010 Docentship (entspricht Habilitation) zu forstpolitischem Thema
2008 bis 2004 Professur an der Schwedischen Universität für Agrarwissenschaften (SLU)
Seit November 2014 Inhaberin des Lehrstuhls für Forst- und Umweltpolitik an der Universität Freiburg
Seit 2024 Präsidentin der Internationalen Vereinigung von Forst-Forschungsorganisationen (IUFRO)
Seit 2020 Mitglied des Bioökonomierates des Landes Baden-Württemberg

Hirschkäfer



Seinen Namen hat sich der größte deutsche Käfer vom König des Waldes entliehen: Der bis zu 9 cm große Hirschkäfer (Lucanus cervus) ist nach den an ein Geweih erinnernden, rotbraun schimmernden Oberkieferpartien am Kopf der Männchen benannt, den Mandibeln. Diesen rund 3 cm langen Oberkiefer nutzen die Männchen nicht zur Nahrungsaufnahme, sondern vielmehr in Rivalenkämpfen und um die entsprechend kleineren Weibchen während der Paarung festzuhalten.

Nach der Paarung gräbt das Weibchen sich tief in den Boden ein, um dort seine Eier an Baumwurzeln abzulegen. Anders als häufig angenommen bevorzugt der Hirschkäfer dafür nicht unbedingt Eichen. Über 20 Holzarten sind bislang als Bruthabitat des Hirschkäfers gelistet, darunter Nadelbäume und Offenland-Baumarten wie Kirsche, Birke, Weide und Pflaume. Auch die Rot-Eiche – Baum des Jahres 2025 – ist beim Hirschkäfer regional beliebt. Die Larven des zu den Schrötern gehörenden Insekts leben in den Wurzeln und Stümpfen und benötigen zermürbtes Totholz für ihr Wachstum.

Die Verfügbarkeit des durch (Weißfäule-)Pilze zersetzten Holzsubstrats ist offenbar auch für die Bruttauglichkeit entscheidend, nicht die Holzart oder das Baumalter. Die Hirschkäfer und ihre Larven mögen lichte bis offene Wälder, die ihrem Wärmebedürfnis entgegenkommen, so dass die gefährdete Art auch in bewirtschafteten Wäldern gut zurechtkommen kann.

Es dauert drei bis acht Jahre, bis sich die Larven verpuppen und dann etwa sechs Wochen später schlüpfen. Erst im Frühjahr des Folgejahres gräbt sich der Hirschkäfer aus dem Boden an die Erdoberfläche. Seine Lebenszeit endet mit dem Sommer. So sind die Hirschkäfer nur wenige Wochen im Wald zu sehen oder zu hören, wo sie sich zuweilen durch lautes Brummen bemerkbar machen.



IMPRESSUM

AGDW – Die Waldeigentümer, Reinhardtstraße 18A, 10117 Berlin, www.waldeigentuemer.de, info@waldeigentuemer.de,
Telefon: +49 30 311667620
ViSDP: Dr. Irene Seling, Hauptgeschäftsführerin
Redaktion: Alexander Knebel
Autorinnen und Autoren:
Caroline Dangel-Vornbäumen, Johanna Eßer, Catrin Fetz, Kurt Hauschild, Philip Hülsmann, Alexander Knebel, Leon Nau, Clemens Setzer, Wolf-Henning von der Wense.
Gestaltung: Plettenberg Design, Berlin
Copyright Bilder: Titel: iStock/JMrocek, S. 5: iStock/VectorHot, S. 6: Knebel, S. 8 (Sven Schulze): Rayk Weber, S. 9: (Michaela Kaniber) Nadine Keilhofer/StMELF, (Jan-Christoph Oetjen) Thierry Monasse, (Hermann Färber) Photothek/Thomas Truschel, S. 10: (Christine Singer) Max Mergert, S. 13: AGDW/S. Runge, S. 14/15: M. Hölzel, S. 20: European Union EP/Dennis Lomme, S. 27 o.: European Union EP/Philippe Buissin, S. 27 u.: CDU RLP, S. 32: iStock/Daniel Balakov, S. 44: iStock/ TRAVELARIUM, S. 50/51: AGDW/S. Runge, S. 52: iStock/SimonSkafar, S. 53: AGDW/S. Runge, S. 56: AGDW/S. Runge, S. 58: Bundesregierung/Thomas Köhler, S. 60: Victor Hedwig, S. 62: iStock/JMrocek; Infografiken S. 17, 34, 36, 37: Design-Bond.de
Redaktionsschluss: 2. Mai 2025
Erscheinungsdatum: Juni 2025
Papier: Umschlag Dacostern 200g/qm, Innenteil Juwel Offset 120 g/qm (PEFC-zertifiziert)
PinguinDruck.de



Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft. Blatt für Blatt ein Stück Waldpflege.

AGDW - Die Waldeigentümer
Reinhardtstraße 18A · 10117 Berlin · Telefon +49 30 311667620 · info@waldeigentuemer.de
www.waldeigentuemer.de

Präsident: Prof. Dr. Andreas W. Bitter
Hauptgeschäftsführerin: Dr. Irene Seling (ViSdPG)